Nr. 81 / Einzelpreis 10 Pfennig — Halle (Saale), Montag, den 6. April 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hara 42/44. Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung. 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hara 42/44, Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319. Erfurt

Hindenburg will nicht.

Jarres wieder aus der Versenkung hervorgeholt. / Der Versackungspolitiker soll Schwarzweißrot in die sichere Niederlage führen. / Die Killinger-Parteien geben das Rennen auf.

Die schwarzweißroten Pleitegeier kreisen.

Hindenburg sollte siegen.

÷ Halle (Saale), 6. April.

Der Kandidat von Stresemann bis Killinger mußte sich vor einigen Tagen krank melden. Der Loebell-Ausschuß hatte ihm eine Grippe verschrieben, an deren Folgen er außerhalb des Dienstes zu leiden verpflichtet war. Jarres schien endgültig versackt. Inzwischen steckten die Herren des Rechtsblockes ihre Köpfe zusammen, um einen neuen Nationalhelden als Präsidentschaftskandidaten ausfindig zu machen. Und siehe da, man fand. Nicht etwa den Busenfreund Fritz Loebells, den Januschauer, sondern den sechsundsiebenzigjährigen Greis in Hannover, den alten Herren von Bennekendorf und Hindenburg. Auf diesen Gedanken konnte natürlich nur ein Wahlausschuß kommen, der auf der Suche nach Kandidaten sich davon überzeugt hat, daß es in den Kreisen der Killingerparteien und Mörderorganisationen eben keinen Mann gibt, der im Ernst als Reichspräsidentschaftskandidat präsentiert werden könnte.

Man stelle sich einmal vor, daß die Rechtsparteien bei einem Manne angelangt sind, der notorisch bereits mit einem Fuß im Grabe steht. Wir wollen gar nicht davon reden, welche traurige Rolle Hindenburg in den Kriegserinnerungen seiner treulosen Mitarbeiter zugewiesen bekommen hat. Wir erinnern nur daran, daß Ludendorff in seinem Buche sich die Führung des Krieges allein zuschreibt und von sich behauptet, daß er Tannenberg und die anderen Schlachten geschlagen habe. Wir wollen schließlich nur noch erwähnen, daß der berühmte Oberst Bauer in seinen Erinnerungen erwähnt, daß der alte Hindenburg 1918 gar nicht mehr gewußt habe, wo die einzelnen Divisionen stehen. Die Legende über den nationalen Heros ist also von den National„heroen" selbst auf das gründlichste zerstört worden. Und nun kommt Fritz Loebell und versucht diesen alten, von allen guten und bösen Geistern verlassenen Mann zur Uebernahme der Kandidatur für den Reichspräsidentenposten zu veranlassen. Eine traurigere Komödie hätte der Rechtsblock wahrhaftig nicht spielen können. Immerhin hat der alte Hindenburg im Gegensatz zu Ludendorff und Genossen soviel Taktgefühl besessen, Herrn von Schlange-Schöningen, der den Auftrag hatte, den Generalfeldmarschall von Hindenburg zu dingen, mit einem glatten Nein nach Hause zu schicken. Darob große Bestürzung im Ausschuß, in dem Mitglieder sitzen, die fest davon überzeugt sind, daß mit Jarres, dem Versackungspolitiker, die Schlacht am 26. April nicht geschlagen werden kann.

In einer gestern stattgefundenen Zusammenkunft des Loebell-Ausschusses hat man nicht einstimmig, sondern nur mit Majorität beschlossen, das Jarres von seiner Grippe wieder genesen ist und als kerngesunder, kerniger, kerndeutscher Versackungsathlet am Mittwoch dieser Woche dem Volke erneut als Reichspräsidentschaftskandidat vorgestellt wird.

Die Pleite ist also vollkommen. Vollkommen nach allen Richtungen der Windrose. Der Rechtsblock hat keinen anderen Kandidaten als den Mann, der heute nicht mehr beisteht und nicht mehr bestreiten kann, daß er Rheinland und Ruhrgebiet von Deutschland abschneiden und sein Vaterland nach zehn bis zwanzig Jahren in einen neuen Krieg hetzen wollte. Die „nationale" Oppositionspolitik der schwarzweißroten Gesellschaft hat durch diese Kandidatur ihre Krönung erfahren.

Mit gewaltigem Tamtam, mit gewaltigem Aufwand von Geld- und Papiermitteln wird Jarres wieder als der einzige senkrechte Mann, als der einzige Führer aus Deutschlands Not dem Volke angepriesen werden. Wie lügenhaft diese Propaganda ist, geht am besten daraus hervor, daß Jarres am Sonnabend in der Sitzung des neun Mann starken Loebell-Ausschusses ganze drei Stimmen bekam, während sechs Stimmen auf Hindenburg fielen, und daß nach einer glaubhaften Mitteilung ein deutschnationaler Abgeordneter am gleichen Tage im Reichstage geäußert hat: „Nur Hindenburg kann den Sieg der Kandidatur Marx noch verhindern."

Nun, Hindenburg hat abgelehnt und damit geben die Deutschnationalen selbst zu, daß ihr Jarres nichts weiter ist als ein verlustreicher Verlegenheitskandidat.

Es kann heute schon mit großer Sicherheit gesagt werden, daß Jarres nicht einmal die Stimmen vom 29. März auf sich vereinigen wird. War es der Rechtspresse im ersten Wahlgang gelungen, eine genügende Kenntnis von den Dingen um Jarres von ihren Lesern fernzuhalten, so wird ihr das diesmal nicht gelingen. Die Tatsache der Versackungspolitik ist inzwischen in die Köpfe der breitesten Massen eingezogen, der niederträchtige Aufwertungsschwindel der Deutschnationalen und die brüskierende Haltung der schwarzweißroten Regierung in der Aufwertungsfrage, die vollkommene Enteignung der kleinen Sparer, die brutale Abfertigung der Invaliden durch die Jarresparteien, dies und tausend anderes mehr hat in der letzten Woche erst zu wirken begonnen und wird bis zum 26. April in erforderlichem Maße seine Schuldigkeit tun. Die Niederlage des Herrn Versackungspolitikers wird der schwarzweißroten Gesellschaft eine fühlbare Lektion für die Zukunft auf den Weg geben.

Wenn die Deutschnationalen aber am 26. April vor einer noch größeren Niederlage bewahrt bleiben, so verdanken sie das der Müdigkeit und dem Takt des alten Hindenburg. Die Illusion der Rechtskreise, mit einem verlustreichen General Deutschlands Stellung im Bunde der Kulturvölker wiedererobern zu können, ist so kindisch, daß die ganze Politik der schwarzweißroten Heerscharen durch nichts besser gekennzeichnet werden kann. Worin besteht denn das Gefühl des deutschen Volkes für den alten Herren in Hannover? Doch in nichts anderem als in dem Wunsche, daß der 76jährige Pensionär der Republik die wenigen Jahre, die er noch zu leben hat, möglichst ruhig und unbehelligt verbringen möge, und in dem Mitleid mit ihm, daß ein skrupelloser politischer Klüngel immer wieder Versuche unternimmt, den ruhebedürftigen Greis in die Schlammflut eines gegen die Republik gerichteten Putschismus hineinzuzerren.

Ueberseht man die Dinge also insgesamt, so darf man wohl sagen, daß uns um den Sieg der Republik am 26. April nicht bange zu sein braucht. Diese Gewißheit darf jedoch nicht dazu führen, die Hände in den Schoß zu legen. Die noch am 29. März hier und dort vorhanden gewesene Müdigkeit muß restlos überwunden werden. Seelische Widerstände gegen den Kandidaten haben in diesem Entscheidungskampf keine Rolle zu spielen. Die Politik wird von dem Verstande und nicht von dem Gefühl geführt. Unsere Gefühle für die Republik sind lediglich dazu da, dem Gedankenflüge die erforderliche Spannkraft und den großen, mitreißenden Schwung zu geben. Darüber hinaus ist der 26. April, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar ein Kampftag um die Beherrschung des preußischen Staatsapparates, eine Schlacht um Otto Braun und um Severing. Es gilt, den Vorsprung der republikanischen Stimmen gegenüber den Versackungsstimmen so zu steigern, daß keinen Augenblick gezögert werden braucht, die Entscheidung über die endgültige Macht in Preußen herbeizuführen.

Wir haben zu den Wählern des Halle-Merseburger Bezirks das Vertrauen, daß sie den Marsch um eine lichtvollere Zukunft mit beschleunigteren Schritten und verstärkter Energie fortsetzen werden.

Hie Republik, dort monarchistische Knechtschaft! Es lebe die Republik!

*

Hindenburgs Ablehnung.

Berlin, 6. April. (Radiomeldung.)

Die Berliner „Morgenpost" will wissen, daß die Verhandlungen einer Delegation des Reichsblocks mit Generalfeldmarschall von Hindenburg, die am Sonntag in Hannover geführt wurden, ein negatives Resultat gehabt haben. Hindenburg habe, obwohl der Deutschnationale Schlange-Schöningen ihn **dringend um Annahme der Kandidatur bat, einen ablehnenden Bescheid gegeben, so daß die Delegation unverrichteter Sache nach Berlin zurückkehren mußte.** Hindenburg habe mit dieser Weigerung, so sagt das Blatt, mehr Maß an Takt und Klugheit bewiesen als die Mehrheit des Reichsblocks, die sich mit 9 gegen 3 Stimmen für seine Kandidatur ausgesprochen hatte.

Das Echo des Auslandes.

Allgemeine Anerkennung für die deutsche Sozialdemokratie.

Das Urteil der tschechischen Genossen.

Prag, 4. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Kandidatur Marx wird hier von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken begrüßt. In den Kreisen, die dem Außenminister nahestehen, wird die Sammelkandidatur Marx vor allem deshalb willkommen geheißen, weil sie **dem deutschen Garantieangebot eine neue Stütze** bietet. Das Angebot eines republikanischen Deutschlands wird ganz anders behandelt werden als das Angebot eines Jarres-Deutschlands. In deutschen sozialdemokratischen Kreisen äußert man sich wie folgt: Die deutschen Sozialdemokraten in der tschechoslowakischen Republik haben **mit Freude und Begeisterung das Ergebnis vom 29. März aufgenommen, und zwar nicht nur wegen der darin zum Ausdruck gelangten Stärke der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch wegen des Ergebnisses, aus dem zu ersehen war, daß die Mehrheit des deutschen Volkes sich schon im ersten Wahlgange für Republik und Demokratie entschied.** So gern man es in der hiesigen Sozialdemokratie auch gesehen hätte, wenn im zweiten Wahlgang ein Sozialdemokrat Träger der republikanischen Sammelkandidatur geworden wäre, **so sehr hat man Verständnis dafür, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Lage in Deutschland die deutsche Sozialdemokratie sich mit den republikanisch-demokratischen Parteien des Bürgertums auf die Kandidatur Marx geeinigt hat.** Im Interesse der deutschen Republik und im Interesse der Förderung und Aufrechterhaltung der Befriedung Europas wünscht man, daß am 26. April der Kandidat des demokratischen Deutschlands, Dr. Marx, gewählt wird.

Die dänischen Genossen zur Sammelkandidatur.

Kopenhagen, 4. April. (Eig. Drahtbericht.)

„Socialdemokraten" schreibt zu der Aufstellung von Marx als gemeinsamen Kandidaten der Linksparteien: „Es ist zu begrüßen, daß sich die republikanischen Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt haben. Es muß anerkannt werden, daß die deutsche Sozialdemokratie wieder, wie so oft, persönliche und Parteirücksichten in den Hintergrund treten läßt, **um der großen gemeinsamen Sache der deutschen Republik zu dienen."** — Das Organ der Venstre-Partei schreibt: „Mit größter Zufriedenheit erfährt Deutschlands Umwelt, daß Marx von den republikanischen Parteien als gemeinsamer Kandidat aufgestellt worden ist. Wir haben schon früher unterstrichen, von welch entscheidender Wichtigkeit es ist, sowohl für Deutschland selbst, wie für Europa als Ganzes, daß das Land einen Präsidenten erhält, zu dessen gesundem Denken und zu dessen Loyalität die Alliierten Vertrauen hegen. Marx als der deutschen Republik Oberhaupt wird ein Gewinn von hohem Wert für die ganze europäische Situation sein. Er wird sicher die Verständigungspolitik fortsetzen, die er als Reichskanzler in Verbindung mit Herriot und Mac Donald auf der Londoner Konferenz begonnen hat." — „Ekstrabladet", das Organ der radikalen Partei, sagt: „Der Kampf um den deutschen Präsidentenstuhl steht nun zwischen Jarres und Marx. Die Sozialdemokraten haben ihre Stimme dem Zentrumskandidaten zugesagt, **nicht aus Liebe zu Marx und seiner Partei, sondern mit Rücksicht darauf, daß eine Zersplitterung innerhalb der republikanischen Reihen zu einem Ergebnis von katastrophaler Bedeutung für die deutsche Republik führen könnte.** Dieser Beschluß ist zweifellos berechtigt. **Man muß seine Klugheit und seinen Patriotismus anerkennen.** Es ist klug und patriotisch, daß sich alle republikanischen Parteien zu dem Zweck vereinen, die Wahl eines Monarchisten zu verhindern, eines alldeutschen und reaktionären Militaristen, wie es Jarres ist."

„Außergewöhnliches Beispiel von Disziplin."

Paris, 6. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Einigung der Linksparteien auf die Kandidatur des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Marx, die schon am Sonnabend in den politischen Kreisen eine außerordentlich günstige Beurteilung erfahren hat, wird am Sonntag auch von der Pariser Presse als ein Zeichen dafür kommentiert, daß die Demokratie in Deutschland auf dem besten Wege sei, das Terrain, das sie in den letzten beiden Jahren verloren hat, wieder zurückzugewinnen. So schreibt die „Information": **Die sozialdemokratische Partei habe ein außergewöhnliches Beispiel republikanischer Disziplin gegeben, als sie sich, um den Sieg der**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250406-11/fragment/page=0001

Linken zu führen, entschlossen hat, den eigenen Kandidaten zugunsten des Dr. Marx zurückzuziehen. Sie hat dafür bereits die Genugtuung erhalten, daß Otto Braun zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt worden ist. So hat der Zusammenschluß der demokratischen Parteien bereits die erste Frucht getragen, indem sie die Wiedereroberung der preußischen Festung ermöglicht hat. Vom Gesichtspunkt der auswärtigen Politik ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß die Verständigungspolitik, die sich augenblicklich in Deutschland anbahnt, weitere Fortschritte macht und die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen von einer solchen Regierung weitergeführt werden, die sich mehr und mehr wieder den vernünftigen und gesunden Ideen der Wirtschaftlichen Politik zuwendet. Das bedeutet keineswegs, daß man in Frankreich von einer deutschen Linksregierung eine Politik des nationalen Verzichts und der Resignation erwartet. Man ist sich hier dessen vollauf bewußt, daß man keinem Volk verbieten kann, die Erfüllung seiner patriotischen Ziele anzustreben. Was man von Deutschland verlangt, ist lediglich ein Verzicht auf den Gedanken an einen Revanchekrieg. Das deutsche Volk wird sich dann bald genug selbst davon überzeugen können, daß sein Bekenntnis zur Freiheit und zur Republik das beste Mittel ist, um die Erhaltung seiner berechtigten nationalen Ansprüche und Wünsche zu erleichtern.

Beschluß des demokratischen Parteiausschusses.

Berlin, 6. April. (Radiomeldung.)

Der Parteiausschuß der Demokratischen Partei nahm am Sonntag nach einem Referat des Parteivorsitzenden Dr. Koch und nach einer anschließenden Aussprache, in der von einigen Rednern kulturpolitische Bedenken gegen die Kandidatur geltend gemacht wurden, eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Angesichts der dem Reiche von außen und innen drohenden Gefahren war die Weimarer Koalition die einzig mögliche feste Grundlage für die Kandidatur des Präsidenten, der die Gewähr bietet für eine Sicherung der Reichsverfassung, die Fortführung der bisherigen Außenpolitik. Der Parteiausschuß billigt den Beschluß des Vorstandes über eine Kandidatur Marx und erblickt in Marx den gemeinsamen Kandidaten des Volksblockes. Er fordert die Organisationen der Partei auf, mit aller Kraft die Wahl des Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zu fördern."

Ludendorff gegen Hindenburg.

München, 6. April. (Radiomeldung.)

Der Entschluß des Rechtsblocks, statt Jarres den Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Kandidaten aufzustellen, hat die völkischen Kreise und Ludendorff sehr verschnupft. Der „Völkische Kurier", der Ludendorff als Sprachrohr dient, wendet sich gegen eine Kandidatur Hindenburgs und zählt ausführlich alle diejenigen Gründe gegen den Generalfeldmarschall auf, die man gegen General Ludendorff ins Feld geführt hat. Außerdem wird aber besonders auf das hohe Alter hingewiesen, das den 76jährigen Generalfeldmarschall als Reichspräsidenten unmöglich mache. „Das ist eben der große Unterschied zwischen dem noch in der Volkfraft seiner Jahre stehenden, mit vollem Bewußtsein politisch aktiv gewordenen Generalquartiermeister", heißt es dann, „und dem um viele Jahre älteren Chef der Obersten Heeresleitung, daß Ludendorff den Beschluß gefaßt hat, ohne Rücksicht auf seinen Namen in das politische Leben einzutreten, und dabei auch das Odium auf sich zu nehmen, um im politischen Tageskampf von der Parteien Haß und Angst verfolgt zu werden."

Die scharfe Sprache des völkischen Organs gegen die Kandidatur Hindenburg, die mit der Unehrlichkeit beginnen mußte, daß der „ehrliche Soldat" in dem irrigen Glauben gelassen werde, „übervaterlicher Kandidat" des deutschen Volkes zu sein, ist um so bezeichnender und verständiger, wenn man hört, daß Ludendorff ursprünglich die Absicht hat, sich nochmals für den zweiten Wahlgang aufstellen zu lassen. Seine Aufstellung soll am 9. April aus Anlaß seines 60. Geburtstages erfolgen. Bezeichnend für die Völkischen ist ferner, daß der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Frick beim Wahlprüfungsamt die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl am 29. März angefochten hat, weil das Redeverbot für Adolf Hitler den Nationalsozialisten unmöglich gemacht habe, für die Präsidentenwahl die nötige Versammlungspropaganda zu führen. (!)

Eröffnung des Wahlkampfes durch das Berliner Reichsbanner.

Berlin, 6. April. (Radiomeldung.)

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eröffnete am Sonntag den Wahlkampf für den republikanischen Gemeinschaftskandidaten Marx mit einer großen Kundgebung in Berlin, zu der die Bannerweihe der Kameradschaft Charlottenburg den Anlaß gab. Bundesvorsitzender Oberpräsident Hörsing war persönlich erschienen und hielt die Festrede. Unter jubelnder Zustimmung von Tausenden begrüßte er die vollendete Einigung der republikanischen Parteien auf Marx. Im Namen der Bundesleitung gab er die offizielle Erklärung ab, daß das Reichsbanner alle Kraft für Marx einsetzen werde, der in der Zeit seiner Reichskanzlerschaft bewiesen habe, daß er ein aufrechter Republikaner sei. Daher sollte man für den Sieg dieses guten Republikaners und Politikers arbeiten.

Nach Schluß der Feier zogen die Kameradschaften über die Prachtstraße des Berliner Westens nach dem Kurfürstendamm, auf dem der Vorsitzende den Vorbeimarsch von rund 5000 Reichsbanner-Angehörigen in Uniform mit unzähligen Bannern und Fahnen abnahm. Später kam es zu einigen schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Völkischen, doch griff hierbei die Polizei scharf ein und nahm zahlreiche Verhaftungen von Hakenkreuzlern vor.

Der „Eckenbesen".

Jarres' neueste Rolle.

Der „Vorwärts" schreibt: „Wo bleibt Jarres? Jarres ist zunächst bis Mittwoch wieder in die Ecke gestellt worden. Jarres ist wieder Eckenbesen. Der Loebell-Ausschuß hat am Sonnabend abgestimmt. Neun Stimmen waren für Hindenburg, drei Stimmen waren für Jarres. Drei Stimmen von zwölf für Jarres, drei Stimmen für den ganzen Mann, den deutschen Mann, den Mann schlechthin! Drei Stimmen von zwölf für den Erwählten des deutschen Volkes, für den Mann, den jeder Deutsche wählen muß! Unsere Schadenfreude fängt an sich in Mitleid zu verwandeln, in Mitleid mit den Toren, die noch dem Loebell-Ausschuß nachfolgen und noch für den Dreistimmen-Jarres stimmen werden, wenn er am Mittwoch abermals hervorgezogen werden sollte. . . .

Die Kreise, die im Rechtsblock versammelt sind, die Spießbürger aus dem Reichsbürgerrat, die Stahlhelmleute und die Killingersche Traditionskompagnie aus der Zeit der Kapp-Regierung, dies Sammelsurium von Gruppen und Grüppchen, von Bünden und Organisationchen — das hat keine Ahnung von politischen Notwendigkeiten, das versteht nicht einmal, bei Kandidatenverhandlungen das Gesicht nach außen zu wahren. Die fortgesetzte Kapp-Regierung!

Die Kapp-Regierung hat ihre Funktion erfüllt. Der Rechtsputschismus ist in Deutschland unmöglich geworden. Der Loebell-Ausschuß wird bald seine Schuldigkeit getan haben. Wer hat noch Lust, diesen Leuten zu folgen, wer hat noch Lust, ihnen zu Machtpositionen und zur Regierung zu verhelfen?

Fort mit dieser Verkörperung von erbarmungswürdiger Unfähigkeit! Fort mit dem Spuk des Rechtsblocks! Mit Marx gegen den Rechtsblock — für ein politisches Volk gibt es keine andere Entscheidung!

Brauns Uebernahme der Staatsgeschäfte.

Amtlich wird mitgeteilt: Der bisherige preußische Ministerpräsident Marx verabschiedete sich am Sonnabendvormittag von den Beamten des preußischen Staatsministeriums. Er dankte ihnen herzlich für die freundliche Unterstützung während seiner Amtstätigkeit. Er als alter preußischer Beamter habe gern in diesem Wirkungskreise gearbeitet und werde selbstverständlich stets mit Preußens Geschick verbunden bleiben. Als er sein Amt antrat, habe er in dem gleichen Kreise seinem Bedauern über das Ausscheiden Brauns Ausdruck gegeben, den er mit einer gewissen Wehmut scheiden sehe. Um so größer sei seine Freude, daß er den Ministerpräsidentenposten gerade an Braun wieder überlassen könne, der sich so außerordentlich bewährt habe.

Kurz darauf leitete Ministerpräsident Braun die bereits vor Tagen anberaumte Staatsministerial-Sitzung, in der laufende Geschäfte erledigt wurden.

Marx nimmt an.

Sein Programm.

„Den Willen des Volkes zur Republik zu achten und zu sichern."

Am Sonnabend versammelten sich die Vertreter der im Volksblock vereinigten Parteien zur Besprechung der technischen Vorbereitungen der Wahl. Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx erklärte sich in dieser Sitzung nochmals zur Annahme der Reichspräsidentschafts-Kandidatur mit folgenden Ausführungen dankend bereit:

„Mein Entschluß, mich für die Wahl des Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen, ist mir nicht leicht geworden. Die hohen Aufgaben, mit denen das deutsche Volk in der Reichsverfassung den Reichspräsidenten betraut hat, erfordern vom Inhaber dieses Amtes höchstes Verantwortungsgefühl und treueste Pflichterfüllung. Ich danke den deutschen Männern und Frauen, die zu mir das Vertrauen haben, daß ich meine ganze Kraft ohne Rücksicht auf meine Person und irgendeine Partei für das Wohl von Volk und Reich einzusetzen bereit bin. Die höchste Pflicht des Mannes, den das deutsche Volk als seinen Vertrauensmann zum hohen Amt des Reichspräsidenten beruft, ist der Schutz und die Wahrung der Verfassung, aus der ihm seine Rechte und Pflichten erwachsen. In freiem Entschluß, zu dem sich das deutsche Volk aus dem Zusammenbruch in kraftvoller Selbsthilfe aufgerafft hat, bekannte sich das deutsche Volk zum Volksstaate, zur Republik. Aufgabe des Staatsoberhauptes muß es sein, diesen Willen des Volkes zu achten und zu sichern. Auf diesen Grundfesten der Verfassung soll sich in Freiheit und gegenseitiger Duldung unser nationales, wirtschaftliches und kulturelles Leben entfalten. Unser aller Streben muß darauf gerichtet sein, das öffentliche Leben rein zu halten und vor Zersetzung seiner inneren Kräfte zu bewahren.

Je ernster dieses Streben das ganze Volk in all seinen Schichten beseelt, um so sicherer wird es zu erkennen vermögen, was der Gesundung und dem Wiederaufstieg dienen will, aber um so entschiedener wird es auch alle unlauteren Machenschaften von sich weisen, die nicht Reinigung, sondern Beunruhigung und Verhetzung bezwecken. Solange ich politisch tätig bin, ist es immer mein Ziel und Streben gewesen, unser so tief zerrissenes Volk zu gemeinsamer Arbeit am Wohle des Vaterlandes zusammenzuführen. Mein Glaube, daß sich das deutsche Volk nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden als eine unlösliche Schicksalsgemeinschaft einmal erkennen, fühlen und betätigen wird, ist so unerschütterlich wie mein Vertrauen auf Deutschlands Zukunft. Diesem Ziele werden wir näherkommen, je mehr es uns gelingt, unser ganzes öffentliches Leben mit wahrhaft demokratischer Gesinnung und sozialem Geiste zu durchdringen. Fühlen wir uns alle wirklich innerlich miteinander verbunden als ein Volk, dem in seiner tausendjährigen Geschichte Glück und Leid in reichstem Maße zuteil geworden ist und das sich jetzt wieder einmal aus tiefster Not zu neuer Geltung und Größe emporringen muß, dann werden wir uns auch über alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze sowie über alle Unterschiede des Glaubens und der Weltanschauung hinaus gern und freudig die Hände reichen. Mein ganzes Leben hindurch habe ich mich um die Wahrung und Pflege der hohen Güter deutscher Kultur bemüht. Gerade in dieser Arbeit wuchs in mir die Erkenntnis, wie reich und vielgestaltig das kulturelle Leben unseres Volkes ist, wie aus den starken Kräften der Ueberlieferung gesundes, neues Leben treibt, wie sehr jede echte Ueberzeugung Achtung verdient und daß ein ruhiges Zusammenleben nur verbürgt werden kann, wenn der Staat die Gewissensfreiheit seiner Bürger gewährleistet und wenn das Volksleben von gegenseitiger Rücksichtnahme und Duldsamkeit erfüllt ist.

In diesem Geiste zu wirken, wird mir stets eine der vornehmsten Pflichten sein. Wir brauchen diesen inneren Frieden, vor allem deshalb, weil wir immer noch vor der schweren Aufgabe stehen, den äußeren Frieden sichern zu müssen. Wie ich Ziel und Wege der deutschen Außenpolitik sehe, darüber habe ich durch meine Arbeit im Dienste des Reiches volle Klarheit geschaffen. Das deutsche Volk will die Verständigung im Geiste der Gerechtigkeit und wahrhaftes Weltbefriedung, ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn das Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Darum müssen wir alles daransetzen, daß der Bevölkerung der noch besetzten Gebiete die endliche Freiheit und daß allen unseren Volksgenossen das Recht der staatlichen Selbstbestimmung zugestanden wird, das andere Völker für sich in Anspruch nehmen."

Marx und die Freiheit der Wissenschaft

Berlin, 6. April. (Radiomeldung.)

Der Kandidat des Volksblocks, Marx, hat dem Berliner Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse" gegenüber erklärt, daß er als Reichspräsident die Politik fortsetzen werde, die er als Reichskanzler begonnen habe. Die Verhandlungen mit der Entente über die Räumung des besetzten Gebietes und über die Lösung des Sicherheitsproblems, die gegenwärtig geführt werden, sollen weitergehen. Ferner sei der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ins Auge zu fassen, wenn er sich in einer für Deutschland würdigen und Deutschlands Interessen gerecht werdenden Weise vollziehen könne. Innenpolitisch sollen Gesetzgebung und Verwaltung von sozialem Geiste erfüllt sein. Als seinen ersten Grundsatz bezeichnet Marx die Toleranz. Er werde niemals Fortschritten im Schulwesen ein Hindernis bereiten oder die Freiheit der Wissenschaft beschränken lassen.

Stadt-Theater.

„Tiefland".

Oper von d'Albert.

In seinen zahlreichen Opern hat d'Albert so ziemlich jeden Stil probiert, ganz wie es die nach Inhalt stark heterogenen Textbücher verlangten. Für die blutrünstigen Farben des Verismus, die der „Tiefland"-Text erheischt, hat der Komponist zu wenig Grellrot auf seiner Palette; er bedient sich vorzugsweise der Ausdrucksmittel der Neu-Italiener, ferner Bizets und des Nordländers Sinding. Für den denkenden Musiker bieten fast alle Figuren des „Tiefland"-Textes ein recht dankbares Feld musikalischer Illustration; die Seelenstimmungen Marthas, die herrische Natur Sebastianos, der Werbegang Pedros vom naiven Hirten zum Helden, das hat d'Albert alles durch prägnante Motive, durch fesselnde Rhythmik und richtiges Ausspinnen der tragenden Melodien in interessanter Weise getroffen. Der Schwerpunkt dieser Oper liegt im Orchester, während die Gesänge meist das parlierende Rezitativ und den Wagnerschen Sprechgesang bevorzugen; das Hirtenmotiv der Klarinette erinnert an „Tristan", die sprunghafte Gavottenweise, mit der Sebastiano in die Berge klettert, befremdet unser Ohr, die Fis-Moll-Stelle, die Martha und Pedro zum Altar geleitet, dürftet nach Puccini; meisterhaft getroffen ist das Wolkenmotiv wie die gewitterschwere Stimmung vor der Katastrophe; feingeschwungene Melodie zeigt Sebastianos Tanzlied und Nuris Morgenlied. Seit der „Tiefland"-Premiere sind zwölf Jahre vergangen und d'Albert hat sich in seinen neuen Kompositionswerken ganz merkwürdig verändert. Wer seine Orchester-Suite Opus 33 gesehen oder gehört hat, der merkt gar bald, daß auch dieser Meister in das Tiefland des musikalischen Dadaismus hinaufsteigen ist und sich zur Fahne derer von Debussy und Ravel bekennt.

Die neustudierte Wiederaufführung von „Tiefland" darf sich zu den besten Darbietungen dieser Spielzeit zählen. Als vornehmer, zielbewußter Interpret dieser interessanten Partitur erschien Kapellmeister Volkmann; sein ehrliches Bestreben in Betonung und Tempo die stark heterogenen Stimmungen scharf zu zeichnen, wurde vom Orchester in prächtiger, sinnvoller Weise unterstützt.

Der außerordentlich wirksamen Regie von August Roesler muß man zunächst nachrühmen, daß sie die oftmaligen Brutalitäten der Szene feinsinnig zu mildern verstand, immer im Sinne des Komponisten und seiner musikalischen Idee. Das erste Bild, die in Mondlicht und Nebel getauchte Gebirgslandschaft, dann die von herben Hirtenweisen durchtönte Morgendämmerung, ist so getroffen, daß sie uns die musikalischen Gedanken völlig ins Sichtbare überträgt, selbst die lebendigen Bauernszenen tragen vornehme Reserve, wie es ein Musikdrama wohl erfordert.

Eine Prachtleistung bietet unsere neue dramatische Sängerin Elenore Welff als Martha. Mit ihrer großen, wohlklingenden Stimme bringt sie all die schwierigen, oft unsangbaren Stellen zu bester Wirkung, überall merkt man eine feine Kultur; die seelische Wandlung zu Pedro, die Angst vor Sebastiano wirkt lebenswahr; nur der Tanz zur B-Dur-Kanzone müßte mehr leblos-marionettenhaft ausgeführt werden. Mit seinem Pedro hat Fritz Berghof die beste Leistung in dieser Spielzeit geboten; man merkte, daß er an seiner Stimme vieles verbessert hat (besonders im Piano), die Höhe klang in den breiten Vokalen außerordentlich schön. In der Darstellung traf er das Kindlich-Naive des weltfremden Hirten ebenso gut, wie den Uebergang zum Helden und Rächer seiner Ehre. Den Sebastiano singt und spielt Fritz Kerzmann mit satanischem Einschlag; die ganze Figur ist vom Scheitel bis zur Sohle mit bäuerischer Energie geladen. Mit schöner Stimme sang Hans Kaufmann den Tomaso und Walter Grimm den Manrocchio; letzterer müßte sein sehr schönes Organ nach der Höhe verbessern. Besonderes Lob verdient diesmal auch Erna Kirchhoff für ihre Nuri; eine gewisse Befangenheit in Ton und Gebärde, die in anderen Aufgaben bei dieser sehr talentierten Sängerin noch stört, wirkte heute ganz vorzüglich, die Natürlichkeit wurde zur Natur; aber auch im Gesang war ein ganz erheblicher Fortschritt zu merken. Vortreffliche Leistungen boten die Damen Kühn, Seeliger und Böhmer als Mägde, wie Walter Kathammer, der die kleine Partie des Nando außerordentlich schön sang.

Am Schluß gab es wohl ein Dutzend Hervorrufe und viele dankbare Spenden.

S. S.

Moses Heß.

Zu seinem 50. Todestag am 6. April.

In der vielgestaltigen Geschichte der Entwicklung des Sozialismus darf nicht der Name von Moses Heß fehlen, eines Mannes, der trotz einzelner Seitensprünge einer der interessantesten, wenn auch nicht machtvollsten Ideenträger in der großen Front der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewesen ist. Diesen Mann, der am 21. Januar 1812 aus einer Familie mit stark jüdischem Einschlage zu Bonn am Rhein geboren wurde, trieb es nach einigen Jahren in dem ihm unsympathischen Kaufmannsberuf und nach kurzen, unregelmäßigen Universitätsstudien sehr bald aus der Atmosphäre geordneter bürgerlicher Verhältnisse in das unstete Leben des wandernden politischen Revolutionärs. Neben Köln, wo er mit Karl Marx an der „Rheinischen Zeitung" mitarbeitete, war es vor allem Paris, das ihn mit seinen kommunistischen Bünden bis zu seinem Tode am 6. April 1875 am meisten fesselte, und das ihm als Mutter der französischen Revolution zu einer Art Inkarnation des Freiheitsgedankens geworden war. Eingekeilt zwischen dem Handwerkskommunismus der Weitling und Genossen sendet er als eifriger Verfechter der großen weltgeschichtlichen sozialistischen Bewegung in zahlreichen Schriften, Zeitschriften und Zeitungen die mannigfachsten Publikationen in die Welt, so „Der heilige Geist der Menschheit", „Die europäischen Triarier", „Rom und Jerusalem" (ein Vorläufer des zionistischen Gedankens), „Die sozialistische Bewegung in Deutschland", „Die soziale Revolution" u. a.

Gleich seinen zeitweiligen Mitarbeitern Arnold Ruge und Karl Grün von den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" ist auch Moses Heß aus dem Bannkreise Hegels gekommen. Seine häufig historisch abgeleiteten Auffassungen bewegen sich stark in der Richtung einer abstrakten Mystik, mit glaubensvoller Hoffnung auf der einen, wirklichkeitsfremdem Illusionismus auf der anderen Seite. Ausgehend von dem ihm leitenden Willen, die messianischen Ideen von Liebe und sozialer Gerechtigkeit durchführen zu helfen, ist ihm ohne Sittlichkeit keine Gemeinschaft denkbar, aber auch ohne Gemeinschaft keine Sittlichkeit. Unsere Sittlichkeit und Freiheit ist nicht mehr die der Alten, und die armen Volksklassen erhalten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250406-11/fragment/page=0002

Jetzt an die Arbeit!

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

Der Aufmarsch der Republikaner ist vollzogen! Anfangs getrennt, marschieren wir jetzt vereint unter der gleichen Führung in den Kampf. Die Feldherren der ersten Schlacht sind nicht gewechselt, sie stehen noch heute an der Spitze der alten, aber neu formierten republikanischen Armee. Geändert ist nur der große Schlachtplan!

Damals selbständig formiert, in drei Gruppen kämpfend, gehen wir in wenigen Tagen im Reich unter einheitlicher Führung des Reichskanzlers a. D. Marx und in Preußen, vom gleichen Willen beseelt, unter Otto Braun zum Angriff über. Der alte Geist beseelt unsere Reihen: Sieg der Republik!

Was macht die Rechte? Mitten im Kampf wechselt sie den Feldherrn, und während die Gegenseite schon eifrig, aber still bei der Vorbereitung für die große Auseinandersetzung ist, feilschen ihre Vertreter um den Mann, der den unterlegenen Feldherrn vom 29. März ersetzen soll. Sie sind arm in jeder Beziehung, vor allem aber an Geist, und wenn man heute sieht, wie die Anhänger der gestürzten Monarchie Kämpfe, welcher Art sie auch sind, vorbereiten, dann braucht man sich über unsere Niederlage im Weltkriege nicht mehr zu wundern. Sie kennen keine Ideale im wahren Sinne des Wortes; Geschäft ist für sie alles. Das unterscheidet uns Republikaner von ihnen und das gibt uns in dem bevorstehenden Kampf einen Vorsprung, der sich am 26. April, wen die Rechte auch gegen uns führen mag, auswirken muß.

Mit der äußeren Formation der Kampftruppen allein aber ist keine Schlacht zu schlagen. Ein Kampf kann fast immer nur zu einem glücklichen Ende geführt werden von Truppen, die im Besitz starker Kampfmittel sind. Diese Kampfmittel materieller und geistiger Art schnellstens zu beschaffen, ist die Pflicht aller republikanischen Parteien. Wir müssen schnell an die Bildung von Propaganda-Ausschüssen gehen. Einheitliche Richtlinien für das ganze Reich erscheinen uns hier notwendig, und insbesondere ist Klarheit darüber zu schaffen, wie die Propaganda geleitet werden soll. Jede Agitation aber erfordert, je nach ihrem Umfang, starke finanzielle Kräfte. Auch diese Frage bedarf der Erörterung, und schließlich ist es notwendig, die Pressepropaganda umgehend zu erörtern. Es gibt darüber hinaus noch eine ganze Reihe Dinge, die einer eingehenden Besprechung bedürfen, wenn in jedem Falle der vereinte Marsch nach außen und damit der geschlossene Wille der Republik zum Ausdruck gebracht werden soll.

Vereint marschieren, vereint schlagen! ist unsere Parole. Sie erfordert gleichzeitig eine möglichst gemeinsame Vorbereitung der großen Auseinandersetzung unter Beteiligung aller Republikaner. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, scheint es nicht nur zweckmäßig, sondern erforderlich, in jeder Stadt Propaganda-Ausschüsse einzusetzen, die sich aus Vertretern aller gemeinsam marschierenden republikanischen Parteien zusammensetzen. Sie haben die Aufgabe, Versammlungen einzuberufen, die Plakat-Propaganda und die Bearbeitung der Presse zu erledigen, überhaupt alle wichtigen Agitationsmöglichkeiten auszunutzen, soweit sie als Voraussetzung für den erwünschten Sieg betrachtet werden müssen. Die Regelung der Versammlungen, vor allem die Frage, ob immer nur gemeinsame oder nur getrennte Versammlungen abgehalten werden sollen, ob von Fall zu Fall in einzelnen Orten Veranstaltungen mit Rednern aller republikanischen Parteien erforderlich scheinen, kann unseres Erachtens nur rein örtlich geregelt werden. Aber Prinzip müßte im allgemeinen sein, möglichst geeint und geschlossen vorzugehen, denn nur so ist nach außen eine starke psychologische Wirkung zu erzielen.

Der Beschluß des Parteiausschusses, für die Einheitskandidatur Marx einzutreten, erfordert nicht nur Disziplin in dem Sinne, daß die Gegner in Zukunft rein äußerlich mit der Mehrheit marschieren, sondern er verpflichtet jeden Parteigenossen, für ihn zu wirken. Die Sache, um die wir am 26. April mit dem Wahlzettel kämpfen, ist in ihrer Auswirkung schließlich unsere Sache, eine Angelegenheit der Partei. Der Apparat der Partei, ihre Organisation und vor allen Dingen ihre Presse müssen deshalb in den Dienst dieser Sache gestellt werden. Der Beschluß des Parteiausschusses ergibt, daß der Wille der sozialdemokratischen Wähler auf den Sieg am 26. April hinausläuft, und er erfordert in seiner Konsequenz, daß alles getan wird, um diesen Sieg zu erfechten.

Themis mit Stahlhelm.

Zu dem unerhörten Striegauer Urteil wird uns von juristischer Seite u. a. das Folgende geschrieben:

Von dem Gericht hätte man mit Fug und Recht Entrüstung über das von der Staatsanwaltschaft geübte Verfahren mit zweierlei Maß erwarten dürfen. Die Beweisaufnahme lieferte erdrückende Beweise für die Roheit und Niedertracht vieler Stahlhelmer und gleichwohl hatten ihre beamteten Freunde sie mit einer Anklage verschont. Das Gerechtigkeitsgefühl hätte sich hiergegen aufbäumen und in weitgehender Milde gegenüber den angeklagten Reichsbannerleuten zum Ausdruck kommen müssen. Statt dessen hat das Schöffengericht gegen den Hauptangeklagten Müller die ungeheuerliche Strafe von zwei Jahren und gegen 23 andere Angeklagte Strafen von vier Monaten bis zu anderthalb Jahren Gefängnis festgesetzt, wobei es teilweise über die hohen Anträge des Staatsanwalts noch hinausging. Es wird den Verurteilten ein Trost sein, daß es ehrenvoller ist, solche Strafen zu erleiden, als sie zu verhängen. Das Gericht hat sich über die in Schweidnitz herrschende politische Atmosphäre nicht erheben können. So liefert das Urteil einen neuen Beweis dafür, daß die reaktionären Anschauungen des größten Teiles der deutschen besitzenden Klasse auf die Rechtsprechung abfärben. Man sollte die Themis künftig, statt mit einer Binde, mit einem Stahlhelm vor den Augen darstellen.

Entfettung.

Die kommunistische Amazone Ruth Fischer klagt einem ihrer Parteigenossen, daß sie mit Arbeit so ungeheuerlich überlastet sei. „Es ist ganz entsetzlich, in wie vielen Versammlungen ich sprechen muß. Ich nehme ordentlich ab dabei."

„Ja, ja," sagt der Genosse teilnehmend, „die Partei auch".

Todesstrafe gegen die Tschekisten beantragt.

Am Sonnabend stellte die Reichsanwaltschaft im Tscheka-Prozeß folgende Strafanträge:

„Gegen Neumann Todesstrafe sowie eine Gesamtstrafe von 7 Jahren Zuchthaus; gegen Poege Todesstrafe und 8 Jahre Zuchthaus, gegen Szon Todesstrafe und 4 Jahre Zuchthaus, gegen Margies Todesstrafe und 9 Jahre Zuchthaus, gegen Skoblewski Todesstrafe und 15 Jahre Zuchthaus, gegen Mörsner 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, König 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, Diener 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Lenisse 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, Frau Lenisse 10 Monate Gefängnis, Meys 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Huke 3 Jahre Zuchthaus, Hallup 2 Jahre Zuchthaus, Intorf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, Mayer 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, Kuhls 3 Jahre Gefängnis."

Begründet werden die Strafen bei sämtlichen Angeklagten mit Vergehen gegen die Republikschutzgesetze, mit Sprengstoffverbrechen und Vorbereitung des Hochverrats; bei Poege, Szon, Margies und Skoblewski außerdem mit Beihilfe bzw. Vorbereitung zum Mord, bei Neumann mit Mord und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Nicht 7000, sondern 474.

Es hat in den letzten Jahren kaum einen Wahlkampf gegeben, den die Kommunisten u. a. nicht unter Ausnutzung der verlogenen Schlagworte von den 7000 politischen Gefangenen geführt haben. Auch in dem hinter uns liegenden ersten Wahlgang für die Reichspräsidentschaft haben sie mit allen Mitteln versucht, die Wählermassen durch die gekennzeichnete Lüge an sich zu locken. Im zweiten Wahlgang dürften sie ähnlich verfahren, wenn inzwischen nicht das preußische Justizministerium über die tatsächliche Zahl der politischen Gefangenen Feststellungen gemacht hätte. Aus ihnen ergibt sich, daß nicht 7000, sondern 474 Gefangene wegen politischer Straftaten verurteilt worden sind und augenblicklich ihre Strafe verbüßen. Der älteste kommunistische Schwindel dürft jetzt also nicht mehr ziehen.

*

In der Wahlagitation des Halleschen Bezirks hatten's die kommunistischen Redner übrigens bereits vor dem 7. Dezember auf 8000 Gefangene gebracht. Sie sind nicht kleinlich.

Ein Bekenntnis Herriots.

Paris, 6. April. (WTB.)

Bei einer linksrepublikanischen Kundgebung in Fontainebleau erklärte Ministerpräsident Herriot, seine Regierung sei für die schwierige Finanzlage nicht verantwortlich. Als er Ministerpräsident geworden sei, habe die langfristige Schuld 159, die kurzfristige 37 und die schwebende Schuld 91 Milliarden betragen. Dazu kämen noch die Schulden bei den Alliierten, über die man augenblicklich verhandle. **Ein Land mit einer so großen schwebenden Schuld sei nicht mehr völlig Herr seiner inneren Politik. Es habe auch angesichts der äußeren Schuld nicht mehr volle Freiheit über seine Außenpolitik.** (!) Das sei die Wahrheit, die auszusprechen eine patriotische Pflicht sei. Er wende sich aber an alle Franzosen, damit sie in richtiger Erkenntnis ihrer Pflichten und Interessen alles zur Besserung des Franken und zur Amortisierung der französischen Schuld unternähmen. **Er habe nicht die Absicht, sich vor den Forderungen der Privilegierten oder vor den Drohungen der Steuerhinterzieher zu beugen.**

„Grüne Internationale."

Genf, 6. April. (Eig. Drahtbericht.)

„Travail" meldet aus Bern, daß auf dem bevorstehenden Internationalen Landwirtschaftskongreß in Warschau vom 19. Mai bis 16. Juni die offizielle Gründung der „Grünen Internationale" vollzogen wird. Die Seele dieser neuen Organisation sei Dr. Laor, der Schweizer „Bauernkönig". Durch seine Initiative sind angeblich die hauptsächlichen landwirtschaftlichen Organisationen Europas für die „Grüne Internationale" gewonnen worden. Nationalfarmer, Union (England), Societät des Agriculors (Frankreich), Bauernverein und Landbund (Deutschland), ebenso Polen, Ungarn, Tschechien und Balkanorganisationen mit der Raditsch-Partei.

*

Unser Landbund ist bekanntlich gegen Internationalität. Daher sein Beitritt zur „Grünen Internationale!

Nieder mit den Renegaten!

Paris, 6. April. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der am Sonntag stattgefundenen Ersatzwahl zum Senat im Departement Seine wurde Millerand mit einer Mehrheit von 6 Stimmen von insgesamt 1020 abgegebenen Stimmen gewählt. Die vor dem Rathaus versammelte Menge beantwortete die Bekanntgabe des Resultats mit dem Rufe: Nieder mit dem Renegaten!

Keine Aufhebung der Immunität. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags lehnte am Sonnabend die beantragte Aufhebung der Immunität der Abgg. Buchmann (Komm.) und Sollmann (Soz.) (Es handelt sich in diesem Fall um die Klage des Täfferberg wegen der an ihm im „Volksblatt" von Sollmann erfolgten Charakterisierung des bußfertigen Stahlhelmhäuptlings. Red. „Volksbl.".) zur Durchführung eines Beleidigungsverfahrens ab. Die beantragte Strafverfolgung der Abgg. Dietrich (Franken, Völk.), Bertz und Dr. Leber (Soz.) wurde ebenfalls nicht genehmigt. Dagegen verlangte der Ausschuß die Einführung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Scholem (Komm.) wegen Beleidigung.

Die südwestafrikanische Revolte ist ohne Blutvergießen unterdrückt worden. Der Stamm der Rehobots hat sich bedingungslos unterworfen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. April. (Soz. Presse-Dienst.)

Die Sonnabendsitzung des Reichstages, die nur sehr schwach besucht war, beschäftigte sich zunächst mit einer Entschließung, die von der Regierung bis zu 75 Millionen Reichsmark für die Wohnungsnot im besetzten Gebiet verlangt. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen. Dann wurde ein Gesetzentwurf über Notstandsmaßnahmen für Beamte verabschiedet. **Die Sozialdemokratische Fraktion hatte für die Gehaltsgruppen I bis IV die Erhöhung des Zuschlages auf das Grundgehalt von 12½ auf 20 Prozent beantragt. Die Regierungsparteien lehnten diese sozialdemokratische Forderung ab** und beschlossen eine Erhöhung des gesetzlichen Wohnungsgeldes von 85 auf 95 Prozent, eine Verbesserung, die weit hinter den sozialdemokratischen Vorschlägen zurückbleibt.

Inzwischen waren amtliche Meldungen über das schwere Grubenunglück auf Zeche „Matthias Stinnes" bekannt geworden. Das Haus hörte die Meldung des Reichstagspräsidenten stehend an. Er knüpfte an die Bekanntgabe des Unglücks **die Aufforderung an die Aufsichtsbehörden, doch mit peinlichster Gewissenhaftigkeit die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften nachzuprüfen, damit die deutsche Arbeiterschaft nicht immer wieder von so schweren Unglücksfällen heimgesucht werde.**

Schließlich befaßte sich das Haus noch mit einem Bericht des Wohnungsausschusses, der sich mit zahlreichen Anträgen aus dem Reichstage beschäftigt hat. Die Mehrzahl der bürgerlichen Anträge sind auf eine baldige Aufhebung der Zwangswirtschaft gerichtet. Die Sozialdemokratie hat ein ausgearbeitetes Wohnungsprogramm vorgelegt. Das Haus beschloß nach kurzer Debatte, sämtliche Anträge der Reichsregierung zu überweisen.

Nächste Sitzung: 28. April.

Sozialistischer Wahlsieg.

Brüssel, 6. April. (Radiomeldung.)

Die Kammerwahlen vollzogen sich am Sonntag im ganzen Land in voller Ruhe. Das bis um 3 Uhr nachts vorliegende Ergebnis weist einen großen sozialistischen Sieg auf. Jeder einzelne Wahlkreis weist ausnahmslos einen sehr starken sozialistischen Stimmenzuwachs auf. In manchen Industriekreisen machen die sozialistischen Stimmen über 75 Prozent aus.

Aus aller Welt.

Todesfahrt im Förderkorb.

10 Tote, 61 Verletzte.

Dortmund, 5. April. (Eig. Drahtbericht.)

Das Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Auf Schacht 5 der Schachtanlage „Matthias Stinnes" I und II bei Essen ist am 4. April morgens zu Beginn der Seilfahrt der herabgehende, **mit etwa 70 Mann besetzte Förderkorb mit hoher Geschwindigkeit auf die Schachtsohle gestaucht worden.** Von der Besatzung waren bis 1 Uhr mittags 63 Mann geborgen, **darunter sind 2 Tote und 46 Verletzte, die in das Krankenhaus geschafft werden mußten, vierzehn Mann haben sich nach Hause begeben können.** Die noch fehlenden Verunglückten befinden sich auf der unteren Etage des Korbes, die stark zusammengestaucht worden ist. Ein Bruch des Förderseiles war nicht festzustellen, dagegen ist das untere Seil durch den Anprall des heraufgehenden unbesetzten Korbes gegen die Seilscheibe gerissen und in den Schacht gestürzt. Die Ursache des Unglücks steht noch nicht fest. Der Schacht ist 650 Meter tief. Die Fördermaschine ist eine moderne Dampffördermaschine und erst etwa 6 Monate im Betrieb. Die amtliche Untersuchung des Unfalles ist eingeleitet.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Auf der Zeche Matthias Stinnes I und II ereignete sich am 4. April, morgens 5.30 Uhr, bei der Einfahrt der Belegschaft ein Unglücksfall. Während der Seilfahrt ging, nachdem der Förderkorb bereits 400 Meter im Schacht zurückgelegt hatte, die Geschwindigkeit, aus bisher noch nicht aufgeklärten Gründen, von 10 auf 15 Meter herauf. Hierdurch wurde der nach unten gehende Förderkorb stark aufgestoßen. Der aus vier Etagen bestehende Förderkorb war mit 70 Personen besetzt. Von diesen sind bis 10.45 Uhr vormittags 63 geborgen, davon 2 tot. Von den übrigen Personen haben 15 leichte, **46 Personen schwerere Verletzungen erlitten, davon einige sehr schwerer Art.** Es fehlen noch **7 Personen, die sich auf der untersten Etage befinden und als tot angenommen werden müssen.** Die Bergung dieser Personen ist in die Wege geleitet.

Essen, 6. April. (WTB.)

Auf der Zeche „Matthias Stinnes" ist gestern gegen Mitternacht der letzte Tote geborgen worden. Einschließlich eines im Krankenhause verstorbenen Schwerverletzten beträgt die Zahl der Toten zehn. Die bergpolizeiliche Untersuchung beginnt heute früh.

Bochum, 5. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die „Bergarbeiter-Zeitung" teilt zu dem Unglück auf Zeche Matthias Stinnes I und II in Carnap mit: Die Ursache des Unglücks konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Soweit man bis jetzt sehen kann, scheint ein Defekt an der Fördermaschine das Unglück verschuldet zu haben. Nach dem vorliegenden Bericht fuhr der Korb durch den größten Teil der Schachtstrecke in der vorschriftsmäßigen Geschwindigkeit von 12 Meter pro Sekunde. Um diese Fahrtgeschwindigkeit einhalten und nicht darüber hinauswachsen zu lassen, ist ein sogenannter Fahrtregler modernster Konstruktion angebracht. Trotzdem ist der Korb plötzlich mit einer Geschwindigkeit von 15 Meter pro Sekunde abwärts gesaust und auf der Schachtsohle in diesem Tempo gelandet. Die Schachtförderung ist mit dem Göpel-Scheibensystem ausgestattet. Infolge der durch den Druck entstandenen Spannung riß das Unterseil, so daß der leere Gegenkorb gegen die Seilscheibe geschleudert wurde. Das gerissene Unterseil von über 600 Meter Länge fiel auf den im Schachtsumpf liegenden Förderkorb und erschwerte die Rettungsarbeiten außerordentlich. Selbst wenn, wie die erste Meldung besagte, **das Seil gerissen wäre, mußte damit gerechnet werden, daß von der Besatzung des Korbes nicht ein einziger Mann lebend davonkommen würde.**

Furchtbare Einsturzkatastrophe.

Leipzig, 6. April. (Radiomeldung.)

Bei den weiteren, durch den Schornsteineinsturz auf dem Großwerk Böhlen notwendig gewordenen Bergungsarbeiten sind bis Sonntag abend acht Schornsteinbauer als Leichen geborgen worden. Die letzten zwei der Vermißten hofft man heute vormittag bergen zu können. Heute soll auch eine Trauerfeier stattfinden, wonach die Ueberführung der Toten in ihre Heimat erfolgen soll.

Das größte Unterseeboot der Welt. „Sunday Preß" meldet, daß das größte Unterseeboot der Welt „X I" bei Chatam zu einer geheimnisvollen Fahrt um die Welt bereitliege. Die Mannschaft betrage 120 Personen. Das Boot könne 2½ Tage unter Wasser bleiben. Die Baukosten betrügen 842 000 Pfund Sterling.

Bei dem 100-Kilometer-Rennen auf der Pariser Buffalobahn siegte der deutsche Rennfahrer Saldow in 1 Stunde 22 Minuten 30⅖ Sekunden.

Wieder sechs Leichen gefunden. Aus Minden wird gedrahtet: Bei den gestern vorgenommenen Bergungsarbeiten wurden weitere sechs Leichen von beim Weserübergang verunglückten Soldaten geborgen. Im ganzen sind bisher 37 Leichen aufgefunden.

---

nur wenig von den süßen, desto mehr aber von den herben Früchten der Zivilisation. Wir müssen an der Beseitigung des Gegensatzes von Verelendung und Geldaristokratie arbeiten. Den Weg zu diesem Ziele sieht Heß, der bereits in den 1840er Jahren die gegenseitige Ergänzung Deutschlands mit Frankreich und selbst England fordert und der bei Anerkennung jener nationalen Eigenart alle nationalistischen Tendenzen schärfstens bekämpft, in der Allianz der Philosophie mit dem Sozialismus, in der Idee des Humanismus, in einem Monismus, der die Einheit des Geistes, der Welt und des Menschenlebens proklamiert. Es sei ein Irrtum, meint er, daß der Sozialismus nur aus der Not des Proletariats und bei diesem aus der Not des Magens hervorgehe. Zwar nehmen jetzt nur die Proletarier an der Bewegung teil, aber nicht weil der Egoismus, sondern weil die Menschlichkeit bei ihnen mehr vorherrscht als bei der durch den Schacher entmenschten und korrumpierten Krämerwelt. „Gebt die Wissenschaft", so ruft er aus, „in Deutschland frei und ihr werdet zu eurem Erstaunen sehen, wie lächerlich eure Angst vor dem Sozialismus gewesen ist!"

Begreiflich ist, daß Karl Marx, den Heß bereits 1841 als seinen „Abgott" und „den größten jetzt lebenden Philosophen" bezeichnet, sich in schärfsten Gegensatz zu diesem ethisch-philosophischen Sozialismus stellt und (vor allem zwar gegen Karl Grün gerichtet) im „Kommunistischen Manifest" diesen „wahren" Sozialismus rücksichtslos zerpflückt. Und doch wollte dieser „philosophisch-schöngeistige Sozialismus", wie ihn Franz Mehring nennt, wirklich revolutionär sein und vor allem durch die Verbindung mit der Philosophie auch die politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse umgestalten, wenn er sich auch leider zu sehr an die künstlichen Gesellschaftskonstruktionen des Utopismus klammert. Moses Heß, der schon vor Marx und Engels zum Sozialismus abgeschwenkt war, hat, wie Mehring in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" feststellt, „ein langes Leben voll Entbehrungen der Emanzipation des Proletariats geopfert und hat noch als Greis in Reih und Glied der deutschen Sozialdemokratie gekämpft. Gerade in ihrer Brüsseler Zeit hat er viel mit Marx und Engels verkehrt und auch gearbeitet; er hat sich in ihre Weltanschauung einzuleben versucht und sich — wenn er auch einen Rest des philosophischen Idealismus niemals losgeworden — dem überlegenen Geiste, den er in Marx erkannte, willig untergeordnet." gr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250406-11/fragment/page=0003

Vereins-Kalender
der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Halle.

Arbeiter-Wohlfahrt. Montag, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Festausschußsitzung. Keiner darf fehlen.

Aus dem Bezirk.

Bockwitz. Dienstag, den 7. April, abends 8 Uhr, im „Vol shaus": Mitgliederversammlung.

Holzweißig. Donnerstag, den 9. April, abends 8 Uhr, im Lokal Mittelmann: Generalversammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Bitterfeld. Donnerstag, den 9. April, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus" (Dessauerstr.): Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Die kommende Wahl 4. Anträge und Verschiedenes. Wir erwarten in Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung, daß alle Genossinnen und Genossen erscheinen

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Jugendabteilung. Montag, abends 8 Uhr, im Jugendheim (Weingärten 21): Wichtige Jungsturm-Versammlung. — Jungsturm. Sämtliche Jugendkommissions-Mitglieder und Funktionäre des 1. und 2. Zuges treffen sich Montag abend ½8 Uhr im Jugendheim, Weingärten. Hierauf Jungsturm-Versammlung.

Ortsgruppe Neu-Rössen. Dienstag, den 7. April, abends 7½ Uhr, im Lokal Tänzer (Rössen): Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Reichspräsidentenwahl. Pünktl. Erscheinen aller Kameraden ist unbedingte Pflicht. Am 2. Osterfeiertag, ab nachm. 4 Uhr: Geselliges Beisammensein mit Tanz im Lokal „Zum heiteren Blick" in Leuna

Ortsgruppe Dürrenberg-Keuschberg. Dienstag, 7. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Gradierwerk": Mitgl.-Versammlung. Das Erscheinen aller Kameraden ist erforderlich. Referent von Halle ist anwesend.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

Stadt-Theater.
Montag, abends 7½ Uhr:
Die Ruschhoffs
mit Paul Wegener und seinem Ensemble
Dienstag, abends 8 Uhr:
Tiefland
Ende 10½ Uhr.
Mittwoch, abends 7½ Uhr:
Und Pippa tanzt
Ende 10 Uhr.
Die 4. Dekade der Freitag-Stammkart wird bis Donnerstag abend entgegengenommen.

Koch's
Künstlerspiele
Bunte Bühne
Jeden Abend 8 Uhr
Die vorzügliche **Hauskapelle** und der große
April - Spielplan
mit 14 Künstlern
Ermäßigte Preise.
4-1

Für die Festtage
empfehle ich meine vorzüglichen
Rot- u. Weißweine Spirituosen, Liköre Fruchtweine
Heidelbeerwein
Maibowle
Apfelwein
Erdbeer- u. Apfelsekt
alles zu äußerst billig. Preisen. 2334
A. O. André,
Wörmlitzer Str. 12
Telephon 1193.

Fast neuer dunkelbl.
Kinderwagen
auf Riemen verkauft
Beyer, Brunnenstr 31

Gas-Ausstellung!
Im Thaliasaal täglich bis 10 Uhr abends geöffnet.
Die beiden letzten Vorträge über
Das Gas im Haushalt
finden heute, Montag, abends 8 Uhr und Dienstag nachmittag 4 Uhr statt. 2489
Schaukochen ∵ Gratis-Kostproben ∵ Lichtbild- u. Filmvorführungen
Eintritt frei! Lehrreich für jedermann!
Die Verwaltung der städt. Gas- u. Wasserwerke.

Die gute
3 ₰
Zigarette
ist im Preise für jedermann erschwinglich
2478

Zum Osterfest
empfehle in enorm großer Auswahl zu extra billig gestellten Preisen
Frühjahrs-Neuheiten

Kostüme	von 20,—	bis 125,—
Mäntel	von 9,50	bis 150,—
Flotte Jacken	von 14,—	bis 30,—
Kleider	von 4,—	bis 120,—
Blusen	von 1,90	bis 40,—
Kasaks	von 6,—	bis 45,—
Kostümröcke	von 2,75	bis 45,—

von Backfisch bis zu der weitesten Frauengröße
Nur gediegene und solide Qualitäten und prima Verarbeitung
Kleiderstoffe von 1,50 bis 16,00 **Seidenstoffe** von 4,50 bis 20,00
Eolienne von 6,50 bis 9,50
Wollmusseline von 3,00 bis 5,50 **Waschstoffe** von —,90 bis 1,60
Vielseitige Auswahl in Braut-Kleiderstoffen
Modewarenhaus
Theodor Rühlemann
Leipziger Straße 97.
2492

Die schönsten
Herren-Anzüge

neueste Nadelstreifen, hell- u. dunkelgemusterte Modestoffe, einfarbig blaue Ia Qualitäten in hundertfacher Auswahl zu wirklich billig. Preisen. — Alles andere sagen meine 3 Schaufenster.

Preise:
26⁵⁰ 33— 42— 48—
54— 57— 63— 69—
Bursch.-Anzüge entspr. billiger
Herren-Gummi-Mäntel
Continental und andere prima Fabrikate
19⁵⁰ 22— 25— 28⁵⁰ 33— 36⁵⁰
Windjacken für Damen u. Herren
Loden-Mäntel, Lodenjoppen, Kammgarn-Hosen, Breeches-Hosen.
Grösste Auswahl zu billigsten Preisen.
Julius 2866
Hammerschlag
36 Gr. Ulrichstraße nahe der Alten Promenade 36
Kunden von auswärts sollen den Weg zu mir nicht scheuen, denn **er ist lohnend!** Verbindung v Bahnhof mit Linie 7, bis Ecke der Alt. Promenade.
Bitte auf Firma Hammerschlag zu achten.

Gärtnergehilfen
sucht **August Heise**
Weinberg 1 1846 Telephon 1846

Gehalt
u. 10—20 Mk täglich verdienen bei Landwirten u. Viehhalt. eingeführte Vertreter ebenso Zeitschriftreisende in Stadt u. Land Schulz & Co., Berlin W 57, Bülowstraße 6

Kleine Anzeigen
wie
Käufe
Verkäufe
Stellengesuche
Stellenangebote
Wohnungsgesuche
Heiratsgesuche
Tauschgesuche
Geldgesuche
haben im „Volksblatt"
großen Erfolg!

Mohn
stets frisch gemahlen
Back-Artikel
Ia Schmelz-Margarine
Puderzucker
F. Beerholdt
Inh. Ernst Viehweg
Kolonialwaren
Bechershof 8 a. Markt

Damentaschen
Ia Leder
billig
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus.

Kolossal billig
nur Dienstag, solange Vorrat:
5000 Pfund frische grüne
Heringe
ca. 3 Stück auf 1 Pfd. Pfd. **10 ₰**
Nur wirklich gute Ware kommt zum Verkauf.

Grosse Ulrichstr. 58. 2494
Telefon 1274, 1275, 2705, 4966.

Kleine Anzeigen haben hier den größten Erfolg

Alle Drucksachen
liefert die
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Dienstag früh
lebendfrische
Seefische
in bekannter Güte.

Scholle, mittel	Pfd. 40 ₰
Island Kabliau	Pfd. 40 ₰
Nordseelachs	Pfd. 40 ₰
Nordseekabliau	Pfd. 70 ₰
Nordsee-Goldbarsch	Pfd. 50 ₰

Angel-Schellfisch
Rotzunge 1,—, Zander 1,40
Frischer Fluß-Lachs
Lebende Aale, Hechte, Karpfen und Schleie.
Täglich frische
Räucherwaren, feinste Schlei-Bücklinge, ff. Kieler Bücklinge, echte Holländer Strohbücklinge, Flundern, Seehasen ganz vorzügl geräuchert. Seelachs, Schellfisch, geräuchert Aale, geräuch Lachs im Stück.
Seelachs in Oel und Scheiben ¼ Pfd. **55 ₰**
ff. Fluß-Lachsschnitzel Pfd. 1,— geräuch. Lachs in Scheiben, frisch aufgeschnitten u. in klein. Packung.
Feinste portug. Sardinen in Oel Dose 2,75 1,60 1,50 1,40 1,20 1,—
Fischkonserven
Riesen-Auswahl u billigste Preise
Karl Pfeiffer
2491 Neumarktfischhalle
Geiststraße 33 Tel. 6658

Kinderwagen Klappwagen Korbmöbel
sowie alle Sorten von
Korbwaren
empfiehlt billigst
Franz Reinhardt,
21 Kl. Brauhausstraße 21

2446

Bettfedern
gerissen, füllfertig grau und ½ weiß Pfd. 2,— 2,50 3,— 3,80, Ia weiß 4,50 5,00 6,50 7,50, Ia Schleißdaunen, weiß Pfd. 7,50 8,50 Federd. Bettinletts, fertige Betten. Postversand frei Nachn.
Bettfederversand **G. Maerker,**
Halle, Nikolaistr. 7 am Markt (früher Torstraße). Tel. 8869

Fahrräder
Stoewers Greif und andere erstklassige Fabrikate
Zahlungserleichterung 2318
Gustav Lerche
Kl. Ulrichstraße 33 Tel. 8111
Eigene Reparaturwerkstatt

Der deutsche Fürstenspiegel
von Friedr. v. Stromer-Reichenbach
Preis Mk. 2,—, geb. Mk. 3,—
Eine packende wahrheitsgetreue Schilderung des unheilvollen Einflusses des deutschen Fürstentums auf unsere gegenwärtige politische Lage. Interessant ist namentlich der Blick hinter die Kulissen des Weltkrieges und die auf historischer Grundlage beruhenden Vorausberechnungen für die nächste Zukunft. Ein unentbehrliches Buch zur Beurteilung der politischen Lage.
Zu beziehen durch:
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Es werden gesucht:

250 ledige Bergarbeiter (Häuer, Lehrhäuer und Förderleute) nach auswärts. — **Weibliche Vermittlung:** Aufwartungen, Dienstmädchen (gediente), Haus- und Stallmädchen fürs Land, Mamsells für Güter, Stubenmädchen (Privat), Stütze, Wirtschafterin — **Lehrstellen-Vermittlung:** 2 kaufm. Lehrlinge und 2 Bäckerlehrlinge für sofort gesucht (Meldung Zimmer 12, Berufsberatung). — **Gewerbliche Abteilung:** Malergehilfen, Glaser Maschinenarbeiter. — **Landwirtschaftl. Abteilung:** ledige Schweizer, lediger Kuhfütterer, lediger Gärtner, Landarbeiterinnen, 1 Kutscher (welcher gleichzeitig Lastkraftwagen führen kann).

Es suchen Stellung: Ostermädchen für alle Berufe, Tagelöhner und Geschirrführer. 2485

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Oeffentliche Mahnung.

Alle diejenigen, die mit Acker- und Gartenpacht, Berufsschulbeiträgen, Wegebaukosten, Schulgeld und mit elektr. Lichtgeld im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, diese Schuldbeträge innerhalb der nächsten 8 Tage an unsere **Stadthauptkasse** zu zahlen, andernfalls die Reste im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden. 2484

Eisleben, den 4. April 1925.

Der Magistrat.

Polizei-Verordnung,
betreffend den Tarif der Dienstmänner in Eisleben.

Auf Grund der §§ 37 und 76 der Reichsgewerbe-Ordnung, der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird unter Zustimmung des Magistrats und unter Aufhebung aller früheren Tarife für den Stadtkreis Eisleben verordnet, was folgt:

Tarif für die Dienstmänner in Eisleben.

Wegstrecke bis zu	Dienstleistungen: leichte		schwere	
	Rm.	Pfg.	Rm.	Pfg.
30 Minuten		50		70
45 Minuten		75	1	10
1 Stunde	1	—	1	40
Für einen ganzen Tag mit achtstündiger Dienstzeit	6	—		

Unter gewöhnlichen Dienstleistungen werden auch Botengänge und der Transport von Gegenständen bis zum Gewicht von 10 kg, unter schweren Dienstleistungen der Transport von Gegenständen über 10 kg bis 25 kg verstanden.

Die vorstehenden Lohnsätze gelten auch für Dienstleistungen, die in der Zeit von 7—8 Uhr abends zur Ausführung kommen.

Benutzung von Beförderungsgeräten darf nicht besonders berechnet werden.

Der Transport von Gegenständen über 25 kg und Verrichtungen in der Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens unterliegen der freien Vereinbarung zwischen Auftraggeber und Arbeitnehmer vor Beginn der Leistung.

Eisleben, den 27. März 1925.

Die Polizei-Verwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250406-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 6. April 1925.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratische Partei Ortsverein Halle.

Mittwoch, den 8. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" (Restaurationssaal): **Mitgliederversammlung.**

Genosse Professor Dr. Waentig spricht über das Thema:

„Die Stellung der Partei zur Präsidentenwahl".

Alle Genossen mit ihren Angehörigen müssen erscheinen.

Parteifunktionäre

heute abend 8 Uhr im „Volkspark" (Kartellzimmer).

Der Vorstand.

Das Feld der Ehre.

Der Reichswahlleiter hat einen witzigen Einfall gehabt. Er fügte den sieben Kandidatenfeldern des amtlichen Stimmzettels noch ein achtes leeres Feld hinzu, gewissermaßen ein Feld der Ehre, auf dem jeder Wähler, der dazu Neigung hatte, seinen Privatkandidaten fallenlassen konnte.

Dreißigtausend Wähler haben davon Gebrauch gemacht. Natürlich haben die meisten sich selbst gewählt. Aber nicht alle waren so selbstbewußt. Selbstbewußtsein kann man auch denen nicht nachsagen, die sich ihren Kandidaten aus Holland holten: Wilhelm II. Und auch nicht denen, die sich den „Kronprinzen" erkürten. Den Vorkämpfer Breitenstraßen hat sicher einer gewählt, den der Ruf nach dem starken Mann dazu getrieben hat. Und der, welcher Richard Strauß hinschrieb — dachte er ans europäische Völkerkonzert? Einer wollte durchaus den toten Bismarck zum Reichspräsidenten machen. Götz, Häußer, Hitler, Barnat, Dinter — alles, was „Namen" hat in Deutschland, erschien und fiel auf diesem Felde der Ehre. Dreißigtausend Wähler haben sich die Gelegenheit zunutze gemacht. Beinahe so viel, wie Ludendorff Stimmen bekommen hat. Und das ist das Wertvolle an dem Einfall des Reichswahlleiters — man weiß nun, wie viele Dummköpfe dem schwarzweißroten Block und seinen völkischen Anhängern doch noch verlorengegangen sind: **mindestens dreißigtausend!** R. M.

Jahreshauptversammlung der Arbeiter-Wohlfahrt.

In der gutbesuchten Jahreshauptversammlung des Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt wurden die Berichte des Vorstandes entgegengenommen. Aus ihnen ging hervor, daß das vergangene Jahr der Arbeiterwohlfahrt einen ungeahnten Aufschwung gebracht hat. In unermüdlicher Tätigkeit waren sämtliche Mitglieder bedacht, sich in den regelmäßigen Monatsversammlungen gegenseitig zu belehren und anzufeuern, den Notleidenden nachzugehen, sie der Obhut der Behörde anzuvertrauen oder aus Mitteln der kräftig ins Aufblühen gekommenen Nähstube zu unterstützen. Wo es galt, anderen befreundeten Wohlfahrtsorganisationen beizustehen oder den amtlichen Stellen Hilfe zu leisten, hat keiner versagt. Und unseren Kindern ist eine Fülle von Freuen und Feiern geschenkt worden. Ganz deutlich ging der wirtschaftliche Wert unseres Wirkens aus der Tatsache hervor, daß die Kasse einen Umsatz von mehr als 2000 Mark hatte. In Anbetracht des gänzlichen Aufsichselbstgestelltseins redet diese Summe von ungeheurem Opfersinn der werktätigen Masse und freundlicher Hilfe des Jugendamts. Einblicke in die Nähstubenarbeit und in den Umsatz an Lebensmitteln für die Kinderschar rundeten das Bild zu voller Wichtigkeit. Da Familienverhältnisse den Vorstand zum Niederlegen des Amtes nötigten, so ergab sich die Notwendigkeit, Neuwahlen vorzunehmen. Hierbei erhielt die Genossin Wernicke einstimmig das Vertrauen, den 1. Vorsitz zu führen. Gute Arbeit auf ihrem früheren Felde, Kottbus, bürgt auch für ganzes Werk in Halle.

Stabilisiertes Elend.

Festmähler der Reichen — Hunger der Rentner.

Wir müssen wieder einmal die bedauerliche Tatsache feststellen, daß die große Masse der organisierten Arbeiter nahezu teilnahmslos daran vorübergegangen ist, daß die Renten aus der Invalidenversicherung entgegen allem Geschrei der schwarzweißroten „Aufwertungsparteien" in ihrem früheren, vollkommen unzureichenden Zustande belassen wurden. Die Umwandlung der Papierrenten in Goldrenten bedeutete tatsächlich stabilisiertes Elend, und auch die vor wenigen Tagen hier besprochene „Erhöhung" der Invalidenrenten von 14 auf 16 Mk. monatlich ist eine Verhöhnung der breiten Massen. Am Sonntag nahm der Zentralverband der Arbeitsinvaliden öffentlich Stellung gegen den letzten Wahlbetrug. Der erste Vorsitzende Kollege Schönlank berichtete eingehend über das Vorgehen des Verbandsvorstandes, seine parlamentarischen Maßnahmen und das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen. Unter einmütiger Zustimmung aller geißelte er das Verhalten der rentnerfeindlichen Parteien, gab deren parlamentarische und finanztechnische Winkelzüge bekannt und schilderte dann die Wirkungen der erfolgten unzureichenden Beschlüsse, die infolge ihrer Unzulänglichkeit vom Verbande und seinen Mitgliedern nicht gebilligt werden könnten.

Nach ihm sprach der Kollege Ferchlandt, der auf die Zusammenhänge zwischen steuerlicher Reaktion, Erlaß der die Aermsten völlig entrechtenden „Aufwertungsgesetze" und der noch unzureichenderen Rentengesetzgebung hinwies und die finanzielle Bedeutung der nunmehr aufleben Steigerungssätze für die Mitgliedschaft hinwies. Ehe die Steigerungssätze zur Auszahlung gelangen werden, wird noch mancher der Rentner den Weg auf den Friedhof antreten müssen, denn Monat für Monat stirbt eine Anzahl der Alten und heute noch Entrechteten weg, und bis jetzt haben die Behörden noch keinen Fingerzeig gegeben, wie und wann sie zu zahlen gedenken. Auch die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt sei noch nicht an die doch sonst so leicht zugängliche Oeffentlichkeit getreten, so daß die Rentner in unserem Bezirk völlig im unklaren über ihre Aussichten seien. Diesem Zustand müsse unbedingt ein Ende gemacht werden.

Den Bericht über den Stand der Invalidenhilfe gab Kollege Hermann Becker. Die Invalidenhilfe muß unbedingt von den Mitgliedern in erhöhtem Umfange in Anspruch genommen werden, wenn deren reiche Ausstattung Erfolg bringen soll. Die Invaliden und Rentner dürfen den Gang zur Charlottenschule nicht scheuen. Den Kassenbericht gab Kollege Ferchlandt, der dabei auf den erfreulich starken Mitgliederzuwachs im Monat März hinwies. Nach dem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden wurde die eindrucksvolle Kundgebung geschlossen, um dem Frauenchor zu Halle Gelegenheit zu seinen hochwillkommenen Darbietungen zu geben.

*

So stirbt der Rentner. Ein besonders krasser Fall von Rentnerelend wurde der gestrigen Versammlung mitgeteilt: Der 73jährige Bäcker Eggert hatte sein ganzes Leben gedarbt und gearbeitet. Seinen letzten Besitz, ein Häuschen in der Taubenstraße, hatte er nach zähem Kampfe verkaufen müssen. Den Erlös, den er zu seinem Lebensabend verwenden wollte, vernichtete die Inflation. Die kümmerliche Rente zwang den Alten noch einmal zur Arbeit. In Schleudiz wurde Eggert dabei betroffen, wie er mit kleinen Gewürzpäckchen handelte, ohne den zwar schon beantragten, aber noch nicht ausgehändigten neuen Wandergewerbeschein bei sich zu tragen. Mit einem Ueberreifer, der an anderer Stelle angebrachter wäre, nahm der Landläufer dem Greise das Päckchen einfach weg. Trotz wiederholter Versuche des Alten, unter Hinweis auf den Schein sein Eigentum wiederzuverlangen, war ihm das nicht möglich. Das Päckchen verdirbt heute in irgendeiner staubigen Aktenkammer. Auf seinem Gange von der Rechtsauskunftsstelle wurde er von einem Auto erfaßt und zu Tode gequetscht. Das war der Lohn für ein Leben langer Arbeit!

Die Realsteuern im Jahre 1925.

Die städtischen Betriebe als Gewinnquellen. / Statt Herabsetzung, teilweise Steigerung der Wertarife. / Scharfe Anspannung der Gewerbe-, Vergnügungs-, Getränke- und Hundesteuer.

In der Sonnabendnummer unterrichteten wir unsere Leser durch auszugsweisen Abdruck der vom Magistrat dem Haushaltsplan beigegebenen Denkschrift über die Aufwendungen, die in dem am 1. April begonnenen Wirtschaftsjahr erforderlich sind. Heute geben wir den Schluß der Denkschrift wieder, in dem der Magistrat die Notwendigkeit der Anspannung der städtischen Steuerschraube zu begründen sucht. Bemerkenswert ist dabei die Feststellung, daß die von uns seinerzeit stark bekämpfte Getränkesteuer doch einen weit höheren Ertrag gezeitigt hat, als seinerzeit angenommen wurde, und daß der Magistrat auf diese stark bemängelte Steuerquelle nicht mehr verzichten zu können glaubt. Daneben soll die Hundesteuer um 50 Prozent erhöht werden und künftig insgesamt ebenfalls etwa 300 000 Mk. einbringen. Im einzelnen führt der Magistrat, nachdem er nochmals die von ihm geübte Sparsamkeit, namentlich auf personellem Gebiete, betont hat, in seiner Denkschrift fort:

Wird man nach diesem Gesamtüberblick anerkennen müssen, daß der Haushaltsplan mit der durch die Zeitverhältnisse gebotenen, oft rücksichtslosen Sparsamkeit aufgestellt ist und daß er keine Ausgaben enthält, die auch nur entfernt nach Luxus und Verschwendung aussehen, so hat doch die Deckung der 18 257 300 RM., die als Finanzbedarf übrigbleiben, noch nie so schwere Sorge und Bedrängnis bereitet, wie in diesem Jahre.

Wenn auch die Wirtschaft heute in mancher Beziehung klarer sieht, als vor Jahresfrist kurz nach der Stabilisierung der Währung, und wenn auch manche ihrer Zweige heute gefestigter und leistungsfähiger dastehen als damals, so ist sich der Magistrat doch keinen Augenblick zweifelhaft gewesen, daß die aus dem Steuersystem des Reiches zwangsläufig sich ergebende Erhöhung der Gewerbesteuern der Wirtschaft Lasten auferlegt, die auf der einen Seite kaum verantwortet und auf der anderen Seite kaum getragen werden können und die für unsere Volkswirtschaft so dringend nötige Verbilligung der Produktion und damit die Steigerung des Absatzes im Inland und im Ausland in bedenklicher Weise hindern können. Dasselbe gilt, hier vom Gesichtspunkt der Kaufkraft aus betrachtet, von der Mehrbelastung der gesamten Bürgerschaft mit Grund- und Gebäudesteuern. Nur die unabweisbare Notwendigkeit, den Etat unter allen Umständen zum Ausgleich zu bringen, hat jene schweren Bedenken zu überwinden vermocht. Die Schwierigkeiten für die Finanzgebarung der Gemeinden sind, abgesehen von der bedrängten Lage unserer Wirtschaft, vornehmlich darin begründet, daß der ehemals beweglichste und zum Ausgleich geeignetste Faktor für die Bedarfsdeckung, die Einkommensteuer, erstarrt ist und den Gemeinden vom Reich nach festgelegten Anteilsquoten zugemessen wird. Die zweite Quelle für die Bedarfsdeckung, die indirekten Steuern, ist im wesentlichen ausgeschöpft. Die dritte, die Abgaben der Betriebe, kann ebenfalls nicht willkürlich in ihrem Ertrage gesteigert werden. Als wirklich beweglicher Faktor bleiben also allein die Realsteuern übrig!

Die Abgaben der Betriebe erscheinen zum ersten Male im Steueretat als Abgaben für die Benutzung der Straßen und als Verwaltungskostenbeiträge. Im einzelnen soll das Gaswerk etwa denselben Betrag abliefern wie im Vorjahre, das Elektrizitätswerk 100 000 RM. mehr, die Straßenbahn 184 000 RM. mehr. Wenn wir das bisher nicht belastete Wasserwerk zum ersten Male nach dem Kriege (vorher hatte es stets zur Bedarfsdeckung beigetragen) zu einem Beitrage von 150 000 RM. herangezogen haben, so ist das durch die Notlage des Etats nur allzusehr begründet. Die Voraussetzung dafür war allerdings eine Erhöhung des Wasserpreises von 14 auf 17 Pf. für den Kubikmeter. Bei den anderen Werken ist eine Steigerung der Abgabe ohne eine gleichzeitige Steigerung der jetzigen Preise nicht möglich. Eine solche erscheint beim Gaswerk völlig ausgeschlossen, beim Elektrizitätswerk und bei der Straßenbahn nicht erwünscht. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der Werke an der Deckung des Finanzbedarfs gegenüber der Vorkriegszeit geringer geworden ist; er beträgt 12,07 Prozent gegen 13,44 Prozent im Etat für 1914, während die Prozentanteile der städtischen Steuern sehr erheblich gestiegen sind.

Nach Abzug der Betriebseinnahmen bleiben noch 87,93 Prozent vom Finanzbedarf durch Steuern zu decken. In Vorkriegszeiten wäre der größere Teil davon durch die Einkommensteuer gedeckt worden. So betrug z. B. im Jahre 1914 ihr Anteil an der Deckung des Finanzbedarfs 44,78 Prozent, wozu noch die größere Hälfte der damaligen Ueberschüsse aus früheren Etats hinzuzurechnen ist, da diese zum größten Teile aus Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer stammten. Sie waren im Jahre 1914 mit nicht weniger als 10,98 Prozent an der Bedarfsdeckung beteiligt! Diesen zusammen mehr als 50 Prozent gegenüber macht die im Etat für 1925 vorgesehene Einnahme von 2,5 Mill. RM. aus Reichseinkommen- und Körperschaftssteueranteilen nur 18,86 Prozent des Finanzbedarfs aus, wozu der Anteil an der Reichs-Umsatzsteuer mit 880 000 RM. = 6,64 Prozent des Finanzbedarf hinzuzurechnen, ist, so daß diese beiden Steuern zusammen mit 25,5 Proz. kaum halb so viel zur Bedarfsdeckung beitragen, wie die alte Gemeindeeinkommensteuer vor dem Kriege.

Bei der Schätzung der Anteilsbeträge an der Einkommen- und Körperschaftssteuer und an der Umsatzsteuer waltet naturgemäß eine gewisse Unsicherheit ob, die in diesem Jahre noch dadurch gesteigert wird, daß das kürzlich erlassene Notgesetz zur vorläufigen Regelung des Finanzausgleichs die bisherigen Anteile der Länder und Gemeinden an den Reichssteuern, insbesondere den 90prozentigen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer, nur bis zum 30. September d. J. bestehen läßt, und die Reichsregierung für das zweite Halbjahr eine Herabsetzung jenes Anteils auf 75 Prozent wünscht. Aehnlich liegt es bei der Umsatzsteuer, bei der die Reichsregierung aus der Herabsetzung des Steuersatzes auf 1½ Prozent ebenfalls eine Verminderung des Aufkommens um 500 Mill. RM. erwartet. Bei der Hauszinssteuer sind die Verhältnisse die gleichen geblieben wie im Vorjahre. Es ist daher der in diesem zu erwartende Ertrag auch in den neuen Etat eingestellt, obgleich die Ausfälle bei dieser Steuer eine steigende Tendenz zeigen. Bei den indirekten Steuern ist die Vergnügungssteuer mit 700 000 RM. Ertrag (mehr 70 000 RM.) eingesetzt, womit aber die äußerste Grenze ihrer Ertragsfähigkeit erreicht sein dürfte. Die Getränkesteuer hat den Anschlag für das Vorjahr ebenfalls übertroffen und ist mit ihrem veranschlagten Ertrage von 330 000 RM. eine für den Magistrat nicht mehr zu entbehrende Stütze des Etats geworden. Die Hundesteuer soll um 50 Prozent erhöht werden und demgemäß 100 000 RM. mehr erbringen.

Da nach der Auffassung des Finanzdezernenten aus den bisher behandelten Einnahmequellen höhere als die angegebenen Erträge nicht zu erzielen sind, bleibt die ebenso bittere wie unumgängliche Notwendigkeit, den allzu großen Rest des Fehlbetrages aus den Realsteuern zu decken. Die Grundsteuer soll bei einem Zuschlage zur staatlichen Grundvermögensteuer von 200 Prozent (gegen 100 Prozent im Vorjahre) 2 400 000 RM. einbringen und damit 18,10 Prozent des Finanzbedarfs decken. Das ist nicht wesentlich mehr, als der entsprechende Anteil im Jahre 1914, der 15,33 Prozent betrug. Ein schwacher Trost mag darin liegen, daß sehr zahlreiche Gemeinden schon im vorigen Jahre bei 200 Prozent Zuschlag angelangt waren, was sich auch daraus ergibt, daß die Durchschnittszahl für den Anteil der Grundsteuer an der Bedarfsdeckung in allen preußischen Stadtkreisen schon im vorigen Jahre 17,10 Prozent betrug, während sie sich in Halle nur auf 12,30 Prozent stellte.

Da bei 200 Prozent Zuschlag die äußerste Grenze für die Belastung der Grundsteuer erreicht zu sein scheint, bleibt für die Gewerbesteuer der außerordentlich hohe Rest von 3 Mill. RM. zu tragen übrig. Er soll durch einen Zuschlag von 1500 Prozent zu den staatlichen Lohnsummensteuer-Grundbeträgen (= 1½ Prozent der Lohnsumme, gegen 1 Prozent 1924) und durch 750 Prozent Zuschlag zu den staatlichen Grundbeträgen vom Gewerbeertrag (gegen 200 bzw. 300 Prozent 1924) aufgebracht werden. Auch hier muß das Verzeichnis wegen hervorgehoben werden, daß die Gewerbesteuerbelastung in Halle bisher weit geringer war, als in der großen Mehrzahl der anderen Städte, und wahrscheinlich trotz der erhöhten Zuschläge auch geringer bleiben wird. Das geht aus der Gegenüberstellung der Prozentzahlen hervor, die den Anteil der Gewerbesteuer an der Deckung des Finanzbedarfs zeigen: In Halle wird dieser Anteil im nächsten Jahre 22,63 Prozent betragen. Im Durchschnitt aller preußischen Stadtkreise betrug er bereits im vorigen Jahre 20,1 Prozent, während er in Halle nur 10,7 Prozent ausmachte! Das kann natürlich nicht hindern, die objektiv äußerst schwere Belastung festzustellen, die auch in Halle Handel und Gewerbe jetzt erfahren sollen.

*

Der Magistrat richtet an die Stadtverordnetenversammlung das dringende Ersuchen, die Steuerbeschlüsse unbedingt noch im Monat April zu fassen, damit die Ordnung der städtischen Finanzen keine Not leidet. Sei es schon möglich, daß die erhöhte Grundsteuer nicht schon am 1. April mit eingezogen werden konnte, so würden Hauswirte wie Mieter in eine äußerst schwierige Lage kommen, wenn auch am 1. Mai noch keine Entscheidung über die Höhe der Steuer getroffen sein würde und zwei Monate nacherhoben werden müßten. Um diesem berechtigten Wunsche des Magistrats zu entsprechen, wird der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung bereits morgen in einer besonderen Sitzung den Haushaltsplan für 1925 beraten.

Eine Jahrmarktsfusion.

Der Floh macht nicht beim Elefanten Halt und der Tratsch nicht bei den Reisen, seien sie es in geistiger oder körperlicher Hinsicht. Das mußte die jüngst von uns geschilderte Riesin Sophia erfahren, die sich in einigen Metern Länge auf dem gestern zu Ende gegangenen Jahrmarkt sehen ließ. Der Umstand, daß unser Ausfrager bei der reizenden jungen Dame an die Tür des Wohnwagens gepocht hatte und höflich in den Wagen genötigt worden war, gab moralischen Gemütern Gelegenheit zu bedenklichem Kopfschütteln, Vermutungen und Befürchtungen. Bald war der Tratsch aus dem Jahrmarkt herum und es tuschelte verdächtig hinter jeder Zeltleinwand.

Bis der riesige Landsmann der Dame mit dem gefährdeten Ruf, von Albert hiervon Kenntnis erhielt. Da stellte er schweigend sein Fünfliitermaß beiseite, erhob sich in seiner ganzen Länge (2,69 Meter) und mit dröhnendem Schritt den Klatschbuden zuzuwandeln. Wir wollen den Verlauf der sehr nachdrücklichen Unterhaltung, die der Faustgewaltige hier geführt hat, nicht in epischer Breite wiedergeben, sondern nur vermelden, daß seit jener Stunde Friede im Jahrmarktslande herrschte. Aber einen guten Erfolg hat der Tratsch doch gehabt: Jan Albert und die Riesin sind einander „nähergekommen", um nicht mehr zu lagen. Außer verschiedenem andern werden sie demnächst ihr Geschäft zusammenlegen: eine Jahrmarktsfusion, bei der schließlich aus einem großen Spaß ein kleiner Ernst werden wird.

Dem riesigen Paare unsere Wünsche!

Kindermord!

Ein Verbrechen fürchterlichster Art war der heidlehemitische Kindermord. Er sollte einem Tyrannen zur Erhaltung seines Thrones dienen. Ein Verbrechen von größerem Ausmaß und von unerhörter Brutalität war es, die Kinder zu einem Kreuzzug gegen die Ungläubigen zu veranlassen. Diesmal sollte es zur höheren Ehre Gottes geschehen.

Ein ebenso solches ist es, wenn Kinder aufgefordert werden, blutige Revolution zu machen. Kann man glauben, daß so etwas geschieht? Vor mir liegt ein Flugblatt, in welchem die Worte stehen: „In Rußland, das von vielen Lehrern beschimpft wird, haben die Arbeiter und Bauern ihre reichen Unterdrücker zum Lande hinausgejagt und ihre schönen Villen und Schlösser als Schulen eingerichtet. Hier können die Arbeiterkinder wirklich frei leben und lernen. Könnten nicht auch bei uns die vielen Villen und Schlösser, die fast alle leer stehen, Schulen sein? Aber dazu gehört, daß die Arbeiter in Deutschland ihre Ausbeuter ebenfalls niederkämpfen. Die Kommunisten sind die einzigen, die dies wollen. Deshalb müssen die Arbeiterkinder dabei unterstützen. Die Kinder, die das tun wollen, haben sich im Jung-Spartakus-Bund (JSB.) vereinigt."

Daß man die Kinder in den politischen Kampf hineinzieht, sind wir gewöhnt. Wenn wir diese Art auch nicht billigen und ebenso ablehnen wie die Konfessionalisierung der Kinder, die das Vorbild für jene ist, so können wir das noch bis zu einem gewissen Grade uns erklären, wenn auch nicht so verstehen, daß es zu verzeihen wäre. Dem Kinde die Kindlichkeit gewaltsam nehmen, ist immer unverzeihlich. Aber nimmer können wir auch nur im entferntesten begreifen, daß man die Kinder aufruft zum „Niederkämpfen" der „Ausbeuter" auf dem Wege, wie die russischen „Arbeiter und Bauern ihre reichen Unterdrücker zum Lande hinausgejagt" haben.

Daß man die 16- und 17jährigen Jungen in den Weltkrieg schickte, darüber empört man sich gegen den „Militarismus". Jetzt ruft man die Sechsjährigen auf die Barrikaden. Ist diese Erziehung zu Gewaltätigkeit eine Erziehung zu „Völkerversöhnung"? Oder ist sie ein Verbrechen? Für das Flugblatt zeichnet Hermann Remmele (Berlin) verantwortlich. Ist er sich bewußt, was er fordert, oder müssen wir etwa für ihn beten: „Vergeht ihm, denn er weiß nicht, was er tut." Klg.

* **Die Abschiedsfeier der beiden Kochkurse findet nicht Donnerstag, den 9. März, sondern Dienstag, den 14. März, im Kartellzimmer des „Volksparks" statt.**

* **Erhöhung der Braunkohlenpreise.** Das Mitteldeutsche Braunkohlen Syndikat hat beschlossen, ab 6. April die Kohlenpreise folgendermaßen zu erhöhen: Für die Tonne Industriebriketts um 0,65 Mk., Hausbrandbriketts um 1 Mk. und Rohkohle um 0,20 Mk. Die Preiserhöhung wird mit der Erhöhung der Bergarbeiterlöhne begründet, zu deren Zahlung die Kohlenherren bekanntlich erst durch Schiedsspruch gezwungen werden mußten. Daß die Grubenbarone die paar Pfennige Lohnerhöhung wieder als Vorwand benutzen werden, um einen fetten Sonderprofit einzustecken, daran ist man ja von jeher gewohnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250406-11/fragment/page=0005

*** Erstschlösser für Wochenkarten.** Bei der hiesigen Fahrkartenausgabe werden Erstschlösser für Wochenkarten zum Preise von 5 Pfennig an Besitzer von Wochenkarten abgegeben, falls die Schlösser unbrauchbar geworden sind. Hierdurch ist einem dringenden Bedürfnis abgeholfen worden, da die Schlösser infolge ihrer Beschaffenheit aus weichem Metall äußerst zerbrechlich waren. Der Kauf eines neuen Rahmens zum Preise von 50 Pfg. bedeutete doch für den Arbeiter eine bedeutende Mehrausgabe.

*** Die Gaswerdewoche** geht morgen, Dienstag, abends 10 Uhr, zu Ende. Der Besuch der Gasausstellung im Thaliasaal war bisher, namentlich am gestrigen Sonntag, außerordentlich stark, ein Beweis, welch reges Interesse die Veranstaltung gefunden hat. Die letzten Vorträge über „Das Gas im Haushalt" verbunden mit Schaukochen und Filmdorführungen finden heute, Montag, abends 8 Uhr und morgen, Dienstag, nachm. 4 Uhr, statt. Es versäume niemand sich die Ausstellung anzusehen und den Vorträgen beizuwohnen. Eintritt frei! Man beachte die heutige Anzeige.

*** Ungenügende Freimachung von Briefsendungen nach dem Auslande.** Die Zahl der ungenügend freigemachten Briefsendungen nach dem Ausland ist außerordentlich gestiegen. Die Absender schädigen sich durch die ungenügende Freimachung insofern, als die Annahme derartiger Sendungen von den Empfängern vielfach verweigert wird. Die Postanstalten sind zwar angewiesen, die offensichtlich aus Versehen oder Unkenntnis ungenügend freigemachten Briefsendungen nach dem Auslande den Absendern nach Möglichkeit zur Vervollständigung der Freigebühr zurückzugeben, doch lassen sich bei diesem Verfahren Verzögerungen nicht vermeiden. Die Gebühren für Auslandsbriefe und -postkarten sind seit dem 1. Januar 1925 wie folgt festgesetzt worden: Briefe bis 20 Gramm 25 Pf., für je weitere 20 Gramm 15 Pf., Postkarten 15 Pf., Postkarten mit Antwortkarte 30 Pf.; nach der Tschechoslowakei und Ungarn: Briefe bis 20 Gramm 20 Pf., für jede weitere 20 Gramm nach der Tschechoslowakei 15 Pf., nach Ungarn 10 Pf., Postkarten nach der Tschechoslowakei und Ungarn 10 Pf., Postkarten mit Antwortkarte 20 Pf. Nur nach folgenden Ländern gelten für Briefsendungen die Inlandssätze: Danzig, Litauen mit dem Memelgebiet, Luxemburg und Oesterreich.

*** Tödlicher Unfall auf dem Hauptbahnhof.** Auf dem Bahnsteig 11 des Hauptbahnhofs wurde am Sonntag gegen 2 Uhr nachts ein polnischer Arbeiter von einem Eilgüterzuge überfahren und sofort getötet. Der Verunglückte war im Besitze einer Fahrkarte nach Berlin. Er hielt sich bis zum Abgang des Berliner Zuges wahrscheinlich auf den Bahnsteigen auf und kam bei dem Versuch, durch die Wagen des haltenden Güterzuges hindurch zum Bahnsteig 11 zurückzukehren, zu Fall. Es wurde ihm durch den sich in diesem Augenblick in Bewegung setzenden Güterzug der Kopf zermalmt.

*** Die Feuerwehr** wurde am Sonntagvormittag nach den Kliniken in der Magdeburger Straße gerufen, wo auf dem Bauplatz einige Bretter durch dort lagernden ungelöschten Kalk in Brand geraten waren. Nach 20 Minuten Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. — Gegen Mittag wurde die Feuerwehr nach der Eisengießerei, Paul-Riebeck-Straße 20, alarmiert, wo ein mit kochendem Teer gefüllter Behälter in Brand geraten war.

*** Kraftwagenunfall.** Am Sonntag mittag stürzte beim Einbiegen in die Pfennerhöhe ein mit zwei Personen besetzter Kraftwagen infolge Versagens der Steuerung um. Die beiden Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert. Der Kraftwagen, an dem die Schutzscheibe zertrümmert worden war, wurde wieder aufgerichtet und konnte die Fahrt fortsetzen.

*** Wer kennt den Toten?** Am Sonnabendvormittag wurde unterhalb der Kröllwitzer Brücke am Amtsgarten die Leiche eines unbekannten Mannes aus der Saale gezogen. Beschreibung: Etwa 1,75 Meter groß, starke Figur, dunkelbraune Haare, dunkelbrauner ungepflegter Schnurrbart, braune Augen, vollständige gelbliche Zähne. An der linken Hand ist der Zeigefinger durch Operation entfernt. Bekleidung: Graukarierter Jackettanzug, Maccohemd mit Einsatz, Maccounterhose, weicher, weißer Kragen, blauer Schlips mit grünen und roten Streifen, graue Strümpfe, neue schwarze Schnürschuhe, 31 Zentimeter lang, weißes Taschentuch mit kleinen Punktchen und breiter, roter Kante. In den Taschen des Toten befand sich eine leere schwarzlederne Brieftasche und 1 Schlüsselbund mit sieben Schlüsseln. Mitteilungen über den Toten nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Halleisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Am heutigen Montag 7½ Uhr: Gastspiel Paul Wegeners mit seinem Berliner Ensemble in Sudermanns „Die Raschhoffs". Dienstag 8 Uhr: „Tiefland" mit Eleonore Wolff a.G. in Vertretung in der Partie der Martha. Mittwoch 7½ Uhr: „Und Pippa tanzt". Donnerstag 7½ Uhr: „Schwanenweiß". Am Karfreitag bleibt das Theater geschlossen. Sonnabend 7½ Uhr: Erstaufführung von Helmuth Ungers „Mutterlegende". Sonntag (1. Ostertag): Gastspiel Ernst Possony in „Hoffmanns Erzählungen". 2. Ostertag: „Tiefland".

Volksbühne. Die für 10. April („Mutterlegende") ausgegebenen Karten werden wieder zurückgenommen, da Karfreitag das Theater geschlossen bleibt.

Aus der Provinz.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Freitag, den 10. April, vormittags 9 Uhr, im „Deutschen Haus" (Dessauer Straße): Unterbezirks-Konferenz. Tagesordnung: Die kommende Reichspräsidentenwahl. Referent: Reichstagsabgeordneter, Genosse Peters (Halle).

Wir erwarten in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung, daß nicht nur die Delegierten, sondern alle Funktionäre, soweit die Möglichkeit besteht, erscheinen. Die Unterbezirksleitung.

Massenflucht aus dem Eldorado der Bubiag

Aus dem Mückenberger Ländchen wird uns geschrieben:

Erst vor kurzem haben wir uns mit diesem Wunderbetrieb beschäftigen müssen. Aber es wird noch viel schöner kommen. Heute sucht man schon überall Fachleute, und keiner will hier in dieses wunderbare Land, wo Milch und Honig fließt. Warum hat die Bubiag nicht beizeiten dafür Sorge getragen, daß sie anständig mit ihren Leuten umgeht; dann wurden auch nicht soviel davonlaufen. So aber versucht man alles mit Gewalt in den Werksverein zu pressen und droht denjenigen mit Entlassung, die von ihrem Tarifrecht Gebrauch machen und sich ihrer Organisation anschließen und auch für diese Organisation zur Betriebsratswahl eine Liste einreichen. Ueber diese Frage wird ja noch vor dem Schiedsspruch zu reden sein. Aber wir wissen heute, warum man eine Abstimmung im Betriebe gescheut hat. Beweis: das Lauchhammerwerk, wo die Geiben gar kein Mandat erhalten haben. So ähnlich wäre es auch hier gekommen, deshalb Drohung mit Entlassung. Aber, werte Direktion, die Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. Denn schon rührt sich auch der Bergarbeiter und sieht ein, daß er mit dem Werksverein nichts anfangen kann. Auch er hat eingesehen, daß die radikalen Phrasen auf der einen und der Werksverein auf der anderen Seite ihm nichts helfen können. Er organisiert sich jetzt und wird dann auch dem Grubenkapital, in erster Linie der Bubiag erzählen, was sie alles seit dem Jahre 1923 hier verbrochen hat. Warum hat die Direktion nicht den Schiedsspruch durchgeführt? Weil sie glaubte, sie könne den Gelben alles bieten. Warum wird jeden Sonntag gearbeitet? Weil man glaubt, daß der Arbeiter zufrieden ist, wenn er ein paar Pfennige mehr verdient. Warum zahlt man für die Ueberstunden keinen Zuschlag? Weil man glaubt, die Arbeiter sagen nichts und sind froh, daß sie arbeiten können. Alles das ist nur möglich, weil die Arbeiter noch nicht eingesehen hatten, daß auch sie ein Recht haben, als Menschen zu leben. Jetzt werden sie langsam munter. Die Sonne geht auf und die Bubiagarbeiter gehen in die Ferne. Sie suchen sich ein anderes Arbeitsfeld, wo sie auch als Menschen und nicht nur als eine Nummer angesehen werden. Also, Arbeiter der Bubiag, überlegt Euch einmal die Frage, ob dies der einzig richtige Weg ist. Wir sagen nein. Organisiert Euch und zeigt dann einmal allen denen, die aus Eurer Haut Riemen schneiden wollen, daß diese Zeit zu Ende ist. Hinein also in die freigewerkschaftlichen Organisationen!

Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs.

In einer größeren Konferenz, die von den Eisenbahndirektionen Halle, Magdeburg und Erfurt ausging und am Donnerstag in Nordhausen stattfand und eine größere Anzahl von Interessenten zusammengeführt hatte, wurden wichtige Verkehrsfragen besprochen. Oberregierungsrat und Baurat Stechmann gab ein Bild von den Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse im kommenden Sommer in Mitteldeutschland. Erstens werden 10 Prozent Züge mehr verkehren. Zweitens werden die Züge schneller fahren, so daß bessere Anschlüsse namentlich für die Fernverbindungen hergestellt werden. Allerdings verkehren noch nicht wieder soviel Züge wie vor dem Kriege, aber da sei auch in diesem Punkte ein Luxus getrieben worden, dessen Unkosten auch den Gütertarifen gedeckt werden mußten. Es werde eine Höchstgeschwindigkeit von 90 Kilometer in der Stunde eingeführt. Eine internationale Verkehrskonferenz hat beschlossen, dieses Jahr den Sommerfahrplan erst am 5. Juni einzuführen. In Zukunft soll das aber immer am 15. Mai geschehen. Man werde insofern mehr auf einen Jahresfahrplan zukommen, als der Winter nur wenig Veränderungen bringen soll. Die bisherigen Beschränkungen für Sonntagsfahrkarten, daß sie nicht auf Entfernungen von über 75 Kilometer ausgegeben werden, fallen. Gesellschaften von 30 und mehr Personen erhalten wieder erhebliche Fahrpreisermäßigung. Redner gab dann im einzelnen die Verbesserungen im ständigen Zugverkehr bekannt. Neben Einlegung mehrerer beschleunigter Personenzüge wird eine direkte Verbindung Hannover—Saalfeld geschaffen. Der Südharz und Nordharz, der jetzt ganz außer Zusammenhang sei, werde in engere Verbindung gebracht. Die Vertreter einer Reihe von Städten, namentlich von Harzorten, brachten lange Wunschzettel vor. Die bessere Zugverbindung schaffe erst den Verkehr, nicht umgekehrt. Es wurde dann festgelegt, daß eine Reihe neuer Sonntagszüge von allen Gegenden Mitteldeutschlands nach dem Harz fahren. In Halle wird ein Sonntagszug ständig früh 6.17 Uhr abgehen und in Wegeleben sich teilen, von wo aus die eine Hälfte direkt nach Wyker, die andere nach Wernigerode—Goslar fährt. Die anhaltischen Orte haben von Dessau aus Anschluß in Aschersleben. Magdeburg erhält regelmäßigen direkten Sonntagsverkehr nach dem Harz, ebenso Braunschweig. Schließlich wird noch dem Verkehrsandrang in den späteren Nachmittagsstunden des Sonnabends Rechnung getragen durch Einlegung neuer Züge, z. B. in den Richtungen Halle—Nordhausen und Halle—Hildesheim. In den Sommermonaten soll dann noch eine verstärkte Zahl gelegentlicher Sonderzüge nach stark besuchten Orten verkehren.

Berga. Rätselhaftes Verschwinden. Durch einen Geldvermittler ließ sich der 41jährige Landwirt Burghardt aus Königerode eine Hypothek von 3000 Mk. besorgen. Als er telephonisch erfuhr, daß er das Geld abholen könne, begab er sich zu dem Vermittler Kaufmann Großmann nach Berga. Seit dieser Zeit ist Burghardt spurlos verschwunden. Großmann wurde jetzt verhaftet, da er das Geld widerrechtlich über einen Monat an sich gehalten hat und andrerseits, weil begründeter Verdacht besteht, daß er um das Verschwinden des Landwirts weiß. Er leugnete, daß Burghardt bei ihm gewesen ist, was jedoch durch Zeugen festgestellt wurde.

Zörbig. Die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe der SPD. findet am Donnerstagabend 8 Uhr im Lokal Kittelmann statt.

Zörbig. Tödlicher Zwischenfall. Ein Unfall seltener Art ereignete sich kürzlich bei einer Beerdigung in Löberitz bei Zörbig. Als man den Sarg in die Gruft senken wollte, rutschte infolge des nassen Wetters der eine Träger aus und der Sarg stürzte in die ausgemauerte Gruft. Durch den Aufschlag öffnete sich der Sargdeckel und die Leiche fiel heraus. Erst nachdem man die Bestorbene wieder sorgfältig eingesargt hatte, konnte die Beerdigung ihren Fortgang nehmen.

Zemberg. Wirtschaftlicher Aufschwung. Bei der hiesigen Stadtsparkasse gingen im Monat März 1925 14 156,54 Mk. neue Einlagen ein (1924 = 4 019,72 Mk.). Die Monatseinnahme betrug 14 185,44 Mk. (1924 = 4 076,18 Mk.), der Monatsfassenumsatz 18 089,44 Mk. (1924 = 6 634,08 Mk.). Der Gesamteinlagenbestand beträgt 89 805,67 Mk. (1924 = 11 527,24 Mk.). Die Monatseinnahme bei der Girokasse betrug 65 127,55 Mk. (1924 = 29 650,72 Mk.), der Kassenumsatz 132 311,97 Mk. (1924 = 60 282,85 Mk.). Ueberwiesen wurden 52 248,90 Mk. (1924 = 3 487,68 Mk.). Die Gesamteinnahme wurde mit 193 212,88 Mk. gegen 76 023,30 Mk. im Vorjahre, der Gesamtumsatz mit 382 592,96 Mk. (im Vorjahre 151 569,16 Mk.) und die Gesamtüberweisungen mit 72 036,88 Mk. (im Vorjahre 11 296,43 Mk.) festgestellt.

Torgau. Bannerweihe. Am 2. und 3. Mai begeht die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ihre Bannerweihe. An diesen Tagen soll sich zeigen, daß der schwarz-weiß-rote Vlog sich nicht einbilden darf, das Feld in Torgau ganz allein behaupten zu können, wie er es am 1. April beim Bismarcktrummel wieder getan hat. Die Ortsgruppen des Reichsbanners im Kreise Torgau werden daher jetzt schon herzlich eingeladen, am 2. und 3. Mai nach Torgau zu kommen.

Bockwitz. Zu der Mitgliederversammlung der SPD. am Dienstag im „Volkshause" sind außer den hiesigen, alle Genossen des Ländchens herzlichst eingeladen. Mit der Versammlung, die sich mit der Reichspräsidentenwahl zu beschäftigen hat, ist gleichzeitig eine Gedächtnisfeier für Lassalle und den Freiheitsdichter Herwegh verbunden. Zu diesem Zweck wird der Versammlungsraum eine würdige Ausschmückung erhalten. Es ist zu wünschen, daß auch die Frauen zahlreich erscheinen.

Bockwitz. Friedensgesellschaft. Am Mittwoch, abends 8 Uhr, findet bei Walbau eine Versammlung der hiesigen Ortsgruppe der deutschen Friedensgesellschaft statt, in der Genosse Pfarrer Müller (Würdenhaus) einen Vortrag halten wird. Außer den Mitgliedern haben auch sonstige Freunde des Friedensgedankens Zutritt.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 6. April 1925.

*** Kartellsitzung.** In der am Donnerstag, dem 2. April, stattgefundenen Kartellsitzung wurde neben Eingängen und Verschiedenem die diesjährige Maifeier eingehend besprochen. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Kollege Wenscheck die Delegierten des Zimmererverbandes, hoffend und wünschend, in gemeinsamer Arbeit die Ziele unserer Gewerkschaftsbewegung fördern zu können. Diese Zusicherung wurde auch von den Delegierten des Zimmererverbandes zum Ausdruck gebracht. Wieder ein erfreuliches Zeichen, daß der gewerkschaftliche Wiederaufbau im Aufstieg begriffen ist. Die diesjährige Maifeier wird sich im Rahmen der Grundsätze, die der ADGB. im letzten Mitteilungsblatt veröffentlicht hat, bewegen. Die Ausgestaltung des Festes soll dem des vorjährigen angepaßt werden und haben der Arbeiter-Sängerchor und der Arbeiter-Turnverein ihre Unterstützung zugesagt. Der Antrag der Vertreter der KPD., die Feier gemeinsam mit ihnen zu machen und als Redner Grabow oder Sämisch sprechen zu lassen, brachte einige heitere Momente, sonst aber nur den üblichen „chronischen Durchfall". In die Maifeier-Kommission wurden die

Sozialisierung der Tat heißt Konsumgenossenschaft

Gewittersturm.

6] Novelle von Reinhold Ortmann.

„Es ist nicht viel zu erzählen, Mutter. Sie heißt Eva Normann und ist eine Waise, die Tochter eines mittellos verstorbenen Privatlehrers. Ich lernte sie in einer befreundeten Familie kennen, wo sie ein Mittelding zwischen einer Gesellschafterin und einer sogenannten Stütze der Hausfrau war. Zu ihrer Empfehlung kann ich nichts weiter sagen, als daß ihre Liebe mich über alle Maßen glücklich macht."

„Ein armes Mädchen also?"

„Nein, das reichste, das mir bisher begegnet ist. Denn sie hat Eigenschaften, die auch durch den Besitz von Millionen nicht aufgewogen werden könnten."

„Das war so nachdrücklich gesagt, daß Frau Renate sich beeilte, den Eindruck der raschen Frage, aus der es wie leises Mißtrauen geklungen hatte, wieder zu verwischen.

„Ich zweifle keinen Augenblick, daß du recht gewählt hast, mein Sohn. Und als meine liebe Tochter werde ich sie mit offenen Armen empfangen, denn es ist selbstverständlich, daß du sie herkommen lässest. Ich will alle meine Kinder um mich sehen. Auf der Stelle mußt du sie rufen."

Wolf erhob Einwendungen, wollte die Vorstellung seiner Braut auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, aber als er sah, daß sein Widerstreben die Mutter aufregte, gab er nach.

„Da Eva nach unserem Verlöbnis auf mein Verlangen ihre Stellung aufgegeben hat, wäre ein Wunsch ja an und für sich nicht unerfüllbar," sagte er. „Aber ich darf dir nicht verschweigen, daß ich selbst jetzt nicht länger als zwei Tage hier verweilen kann. Unaufschiebbare Besprechungen von großer Wichtigkeit fordern meine Anwesenheit im Geschäfte."

„Deinen Pflichten darf ich dich natürlich nicht abwendig machen, wie schmerzlich es auch für mich ist, daß du nur so wenig Zeit für mich hast. Um so rascher aber mußt du mir deine Erwählte zuführen. Wenn du Julius jetzt mit einem Telegramm zur Post schickst, kann sie schon morgen hier sein. Ich vergehe vor Ungeduld, sie kennenzulernen."

Er mußte sich ihrem Drängen fügen, obwohl er sicher war, daß Eva dem Rufe nur ungern und mit bangem Herzen Folge leisten würde. Er hatte es in der kurzen Zeit ihres Brautstandes beinahe ängstlich vermieden, ihr anders, als in einigen allgemeinen Wendungen von seinen Angehörigen zu sprechen, und es war seine Absicht gewesen, den Eltern erst von der Tatsache seiner vollzogenen Verheiratung Mitteilung zu machen. Auf diese verschönlichte Wendung der Dinge war er eben nicht vorbereitet gewesen. Nun aber glaubte er ihr doch Rechnung tragen zu müssen. Er schrieb die Depesche auf ein Blatt seines Notizbuches und Julius wurde herbeigerufen, sie zu besorgen. Dann bat Wolf seine Mutter um die Erlaubnis, sich zurückziehen, aber in dem Augenblick, da er sich beurlauben wollte, ging die Türe auf und Harald Cordes trat herein. Ganz so wie er, möchte sein Vater in jungen Jahren ausgesehen haben. Das war dieselbe hohe Gestalt, dasselbe feingeschnittene, kaffige Gesicht mit den dunklen lebhaften Augen, dem fast weiblich weichen Munde und dem zu ihm in einem so seltsamen Gegensatz stehenden herrischen Kinn. Obwohl der Altersunterschied zwischen den Halbbrüdern nur drei Jahre betrug, erschien der schwarzlockige, bartlose Musiker neben der männlichen Stattlichkeit des anderen in seiner jünglinghaften Geschmeidigkeit doch erheblich jünger. Und dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch das sorglos liebenswürdige Lächeln, mit dem er jetzt auf ihn zutrat.

„Grüß dich Gott, Wolf. Darf man die erste Wiedersehensfreude nun endlich stören? Ein bißchen was möchte man doch schließlich auch von seinem langentbehrten Bruder haben."

Er schüttelte ihm die Hand und sah ihm mit lachenden Augen ins Gesicht, wie wenn nie etwas Trennendes zwischen ihnen gewesen wäre. Noch besser, als es früher der Fall gewesen begriff Wolf in diesem Augenblick, warum dem vom Glück Bevorzugten alleseit die Herzen zugeflogen waren, die sich ihm, dem Schwerfälligen, Schweigsamen, so spröde zu verschließen pflegten. Konnte doch er selbst sich der bestechenden Wirkung dieser sieghaften Selbstsicherheit nicht entziehen. Vielleicht war er bisher doch ungerecht in der Beurteilung Haralds gewesen, vielleicht hatte er knabenhaften Leichtsinn für Schlechtigkeit und bloße Unüberlegtheit für berechnete Tücke genommen. Wärmer, als es ihm noch vor kurzem möglich erschienen wäre, erwiderte er den brüderlichen Händedruck, und er schämte sich fast, daß ein dankbarer Blick der Mutter ihm sein Verhalten lohnte wie eine Tat heroischer Selbstüberwindung.

In Frau Renates Zimmer nahm später die ganze Familie den Tee. Bernhard Cordes hatte den Stiefsohn mit wenig Worten zu seiner Verlobung beglückwünscht und Harald erklärte, daß er sich auf die künftige Schwägerin freue wie auf ein Geburtstagsgeschenk. Kein Uneingeweihter würde etwas von dem tiefen Riß wahrgenommen haben, der bis zu diesem Tage zwischen Wolf Odemer und seinen Angehörigen geklafft hatte. Was seine Spur verkleidete, war allerdings wohl vor allem Haralds sprudelnde Beredsamkeit, die das Zimmer fast beständig mit dem Wohllaut seiner jugendhellen Stimme füllte. Er sprach immer von sich selbst, von seinen Konzerterfolgen, von der Begeisterung des Publikums, von den Huldigungen, mit denen begeisterte Verehrer und Verehrerinnen ihn überschütteten.

„Es wäre mir nicht schwer gefallen, dir eine Gräfin als Schwiegertochter ins Haus zu bringen, Mama," sagte er halb lachend, halb im Ernst. „Aber ein Künstler darf sich nicht binden. Er darf den Honig nur aus den Blüten nippen, das wohlgefüllte Honigtöpfchen im Hause bedeutet den Tod des Genies."

Frau Renate seufzte, aber der Stolz auf den schönen, strahlenden Sohn leuchtete ihr doch aus den Augen. So zärtlich und achtungsvoll gütig sie sich gegen Wolf zeigte, daran, daß der andere immer den ersten Platz in ihrem Herzen behaupten würde, konnte er nicht zweifeln.

Ihr Gatte erinnerte sie liebevoll daran, daß es für sie an der Zeit sei, sich zur Ruhe zu begeben, und mit der Erklärung, daß er von der Reise etwas ermüdet sei, zog sich auch Wolf zurück. Als Bernhard Cordes sie in das Schlafzimmer geleitet hatte, sagte Frau Renate: „Es ist nicht gut, daß seine Wahl auf ein mittelloses Mädchen gefallen ist. Vielleicht rechnet er jetzt bei der Gründung des eigenen Hausstandes auf die Herausgabe seines väterlichen Vermögens."

„Du hast also noch nicht mit ihm darüber gesprochen — hast ihm nicht einmal eine Andeutung gemacht?"

„Wie konnte ich das — gleich in der ersten Stunde. Es ist eine so harte Aufgabe für mich, Bernhard."

„Ich verlange auch nicht, daß du sie auf dich nimmst. Da ich der Schuldige bin, habe ich auch die Demütigung des Geständnisses zu tragen."

Ablehnend schüttelte sie den Kopf.

„Du bist nicht schuldiger als ich, Liebster. Den nüchternen Anforderungen des Lebens war eben keines von uns jemals recht gewachsen. Und den Ansprüchen Haralds gegenüber hatte ich vielleicht noch weniger Widerstandskraft als du."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250406-11/fragment/page=0006

Kollegen Funke, Schenk und Hojenski gewählt. Das eigentliche Programm wird zu gegebener Zeit im „Volksblatt“ veröffentlicht werden. Ueber eine Bemessung mit zweierlei Maß wurde unter Verschiedenes berichtet. Für die Abstempelung der jetzt von der Eisenbahndirektion geforderten Ausfertigung von Arbeiter-Wochenkarten verlangte die hiesige Polizeiverwaltung den „mäßigen“ Betrag von 50 Pf., begnügte sich jedoch auch mit einem Groschen, wenn der „mündliche“ Beweis erbracht war, daß dieser Groschen der letzte Schwerpunkt des Geldsackes wäre. Der Vorsitzende wurde beauftragt, die Polizeiverwaltung zu ersuchen, ihre Stempelabnutzung nur mit 10 Pf. in Rechnung zu stellen, und ist auch dem stattgegeben worden. Kollege Schröter berichtete über die Gründung der Vereinigung für weltliche Schule und ersuchte um rege Unterstützung derselben. Die Stundung der Hauszinssteuer bei eingetretener Erwerbslosigkeit wurde ebenfalls besprochen und sind diese Anträge beim Hauswirt zu stellen. Zum Schluß wurde einem Antrage stattgegeben, über die zum Zwecke der Volksabstimmung für den Achtstundentag gesammelten 50 Pf. beim Bezirkskartell Erkundigungen einzuziehen.

• **Brückenbau.** Die Wiederherstellung der Fußgängerbrücke über den hinteren Gotthardtsteich zum neuen Schützenhaus macht rüstige Fortschritte und ist deren baldige Benutzung in sichere Aussicht gestellt. Desgleichen sind die Wege in den Anlagen in sehr guten Zustand gesetzt und somit einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen worden.

Keuschberg-Dürrenberg. Aus der Partei. Die am Freitag, dem 3. April, im Restaurant Mennicke tagende Mitgliederversammlung des Ortsvereins war sehr gut besucht, ein recht erfreuliches Zeichen des wachsenden Interesses der Genossen, sich wieder mehr als bisher aktiv an der Parteiarbeit zu beteiligen. Trotzdem muß aber immer noch gesagt werden, daß ein Teil Genossen beiseite steht. Während des Wahlkampfes wird jeder Genosse gebraucht, um unsere guten Erfolge in den letzten Wahlkämpfen in unserem Distrikt noch mehr auszuwerten. Also, der letzte Genosse heran zur Kleinarbeit für die kommenden Kämpfe. Der Genosse Kämpf (Merseburg), der als Referent einen Rückblick auf den letzten Wahlkampf gab und unsere nächsten Aufgaben kurz skizzierte, fand durch die Genossen, die sich an der Aussprache beteiligten, allgemeine Zustimmung. Die eingeschlagene Taktik der oberen Parteiinstanzen sei für den Augenblick die richtige, die Interessen des Proletariats und der Sozialdemokratie zu wahren. Es war eine recht anregende Versammlung, von der alle Genossen befriedigt nach Hause gingen. Einige Neuaufnahmen für die Partei waren zu verzeichnen.

Frankleben. Zwei schwere Unfälle ereigneten sich in der vorigen Woche wieder im hiesigen Stahlwerk. Am Mittwoch war der Arbeiter Trautmann damit beschäftigt, dem Schmelzofen Material zuzuführen, das er von einem großen Stapel Alteisen nahm. Der Stapel kam ins Rutschen und die nachfolgenden Eisenstücke fielen auf Trautmann. Neben einer klaffenden Kopfwunde trug er ziemliche innere Verletzungen davon, scheinbar auch eine Beschädigung der Wirbelsäule. T. ist seinen schweren Verletzungen erlegen. — Diesem Unfall folgte am Freitag in der Mittagstunde ein weiterer. Beim Drehen zweier ineinander geschobener Formkasten löste sich der untere ab und schlug dem Former Langholz die linken Zehen vom Fuße. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde L. dem Krankenhause in Merseburg zugeführt.

Leunawerk. Das Organ aus der Lerchenfeldstraße ist sehr vergeßlich geworden. In dem Artikel über die Betriebsratswahlen in Leuna hat der Artikelschreiber die vorjährigen Sitze der Moskauer im Betriebsrat in Leuna anzuführen vergessen. Im Vorjahr hatte die KPD. 17 Sitze, in diesem Jahr 13, sie hat 3 Sitze an die Hakenkreuzler abgegeben. Die Amsterdamer hatten im Vorjahr 6, in diesem Jahr auch 6. — Wenn der „Klassenkampf“ das vorjährige Resultat wegläßt, so nur deshalb, um den Moskauer „Sieg“ mit dem Minus 4 nicht mit unnötigem Beiwerk zu belasten. Wir befürchten nur, daß die Leunaer Striche sich noch totsiegen und schließlich auch noch einmal zum Bndiker avanzieren müssen, wie ihr großer Vorkämpfer Freundlieb unseligen Angedenkens. Augenblicklich haben sie erst etwas auf die Sprache verschlagen.

Schkeuditz. In der Mordsache Zillmer fand am Freitagvormittag ein Lokaltermin statt. Der Untersuchungsrichter aus Halle weilte hier, um an Gerichtsstelle Vernehmungen vorzunehmen. Hierzu waren auch zwei Verdächtige, die sich in Halle in Untersuchungshaft befinden, vorgeführt. Es handelte sich darum, Entlastungszeugen zu vernehmen. Nach Beendigung der Vernehmungen begab sich di Kommission vorerst nach der Wilhelmstraße zu einer örtlichen Besichtigung, daran schloß sich eine örtliche Vernehmung mit den Untersuchungs-Gefangenen in der „Weißen Taube“, worauf eine örtliche Besichtigung der Mordstelle an der Dölziger Straße vorgenommen wurde. An dem Mantel des einen Verdächtigen waren Blutspuren entdeckt worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß es Rehblut ist.

Weißschütz. Der politische Wetterhahn. Der frühere Ortsgruppenleiter der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Landarbeiterverbandes Herr Luis Studte hat nun doch, trotz alles ableugnen, seinen Uebertritt in den christlichen Landarbeiterverband vollzogen. Als ehemaliger Kommunist und zeitig Deutschnationaler brachte es dieser Mensch am Tage vor der Reichspräsidentenwahl dennoch fertig, kommunistische Flugblätter durch seine Kinder verteilen zu lassen, um so den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Man hätte nun eigentlich annehmen müssen, daß bei der Wahl selbst wenigstens einige kommunistische Stimmen abgegeben werden müßten dank der recht rührigen Agitation des Herrn Studte. Doch das Resultat brachte nicht eine einzige Stimme für die KPD. am Orte. Mithin hat nicht einmal Herr Studte, der obendrein diesmal auch als Wahlbeisitzer fungierte, den Mut gehabt, kommunistisch zu wählen, sondern ist wahrscheinlich getreu seinem Gesinnungswechsel gemäß für Jarres eingetreten. Oder hat er sich vielleicht der Stimme enthalten? Doch das kann wohl nicht sein, denn die Reaktion hat diesmal gegenüber der Dezemberwahl drei Stimmen Zuwachs erhalten! Wird Herr Studte auch nun noch leugnen? Sein Gesinnungskauf ist jetzt vollständig erwiesen!

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 6. April 1925.

Kreistag des Mansfelder Gebirgskreises.

Der letzte Kreistag am 23. März 1925 hatte aus Anlaß der Beratung der Haushaltspläne mit Mehrheit beschlossen, die Pläne an den Kreisausschuß zurückzuverweisen, weil der vorgelegte Etat einen untragbaren Fehlbetrag habe. Infolge dieses Beschlusses hat sich eine zweite Sitzung notwendig gemacht, die nun am Montag, dem 20. April, vormittags 9 Uhr, stattfindet. Vorgesehen ist folgende Tagesordnung: 1. Vorlegung der Kreishaushaltspläne für 1925; 2. Uebernahme einer Garantiesumme für die geplante Kraftfahrlinie Halle (Klaustor)—Polleben—Mansfeld—Königerode—Harzgerode; 3. Unterstützung von Siedlern; 4. Abänderung der Vergnügungssteuerordnung des Kreises; 5. Erlaß eines Kreisstatuts über die Kosten der Ziegenbockhaltung nach Maßgabe anliegenden Entwurfs; 6. Abschluß eines Nachtragsvertrages zu dem zwischen dem Kreise und der Kommandit-Gesellschaft Kramer u. Co. zu Berlin am 6./10. Juni 1898 abgeschlossenen Vertrage wegen Benutzung von Kreisstraßen durch die Elektrische Kleinbahn; 7. Verschiedenes.

Unterstützung von Siedlern.

Der Kreistagsabgeordnete Schmidt (Welbsleben) hatte außerhalb der Tagesordnung des letzten Kreistages den Antrag gestellt, denjenigen Kreiseinwohnern, die ohne die Siedlungsgesellschaft bauen und die ihre Wohnungsbauten infolge Kreditmangels nicht vollenden können, die Inanspruchnahme des Kredits aus der Verbandssparkasse insofern zu erleichtern, als der Kreis einen Teil des von der Verbandssparkasse geforderten Zinsfußes übernimmt. Letztere stellt Kredite zu 10 Prozent Zinsen und 3 Prozent Amortisation zur Verfügung. Die Sache ist nun so gedacht, daß der Kreis 3 Prozent des Zinsbetrages übernehmen soll. Der nächste Kreistag soll nun darüber beschließen und die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Kraftwagenverkehr Polleben — Harzgerode.

Die Halle-Hettstedter Eisenbahngesellschaft hat den Betrieb einer Kraftfahrlinie von Polleben über Mansfeld—Königerode nach Harzgerode in Aussicht genommen. In jeder Richtung werden täglich zwei Wagen verkehren. Die Fahrtdauer von Harzgerode bis Halle beträgt 3 Stunden 6 Minuten, ab Mansfeld nur 1 Stunde 41 Minuten. Der Fahrpreis beläuft sich für die ganze Strecke auf 5,40 Mk. (Eisenbahn 3. Klasse), auf 5 Mk. bei Benutzung der 4. Klasse der Eisenbahn. Der Fahrplan ist wie folgt in Aussicht genommen: Halle (Klaustor) ab 7 Uhr früh, ab Polleben 8,35 früh, ab Mansfeld 8,59 vorm., an Harzgerode 10,20 vorm.; ab Halle (Klaustor) 4,40 Uhr nachm., ab Polleben 6,10 nachm., ab Mansfeld 6,35 nachm., an Harzgerode 8 Uhr abends. Ab Harzgerode 6,40 Uhr früh, ab Mansfeld 8 früh, ab Polleben 8,30 früh, an Halle (Klaustor) 9,46 Uhr vorm.; ab Harzgerode 2 Uhr nachm., ab Mansfeld 3,25 nachm., ab Polleben 3,50 nachm., an Halle (Klaustor) 5,20 Uhr nachm. Ein großer Teil des Kreises, namentlich die Ortschaften rechts und links der Klausstraße, wird ein erhebliches Interesse an dieser Verbindung haben, zumal der Fahrplan der Wippertalbahn außerordentlich ungünstig ist. Die Inbetriebnahme der Linie ist aber nur möglich, wenn der Kreis sich an einer Garantiesumme beteiligt, die für den Fall zu zahlen ist, daß die Unkosten aus dem Unternehmen nicht herausgewirtschaftet werden. Der Kreisausschuß schlägt daher dem Kreistag vor, zunächst für dies Jahr einen Betrag bis zu 5000 Mk. bereitzustellen.

Beginnende Reinigung bei den Roten Frontkämpfern

Auf merkwürdige Art erhielten wir Bericht von einer am vergangenen Mittwoch stattgefundenen Funktionärsitzung der Roten Frontkämpfer. Der altbekannte Fritz Schober, seines Zeichens Hauptmann der Roten Frontkämpfer, hatte alle seine Unteroffiziere und sonstigen Chargierten zusammengerufen, um über eine Anzahl seiner Getreuen zu Gericht zu sitzen. Wutentbrannt schnaufte Fritze, daß Disziplinlosigkeit und Nichtdurchführung von gefaßten Beschlüssen an der Tagesordnung seien und daß nunmehr alle Mittel angewandt werden müßten, um die nicht willigen Kämpen zur Räson zu bringen. Besonders war er über den Zerstörer der Mansfelder Bauarbeiterorganisation, seinen Freund und Gesinnungsgenossen Daniel Maurer, erbost. Mit einer Frechheit, die diesem Manne eigen ist, soll er „Fritzen“ gesagt haben: „Was ihr Idioten diktiert, wird von uns noch lange nicht befolgt.“ Neben Maurer sind auch noch eine Reihe anderer Gefährten, darunter die Gebrüder Jurisch, Gebhardt und der Kassierer der Roten Frontkämpfer, Karl Blank, bei „Fritzen“ in Ungnade gefallen. Am Schluß seiner Ausführungen stellte Fritz Schober den Antrag, die genannten Kämpen aus den Reihen der Roten Frontkämpfer zu entfernen. Obwohl Schober zugab, daß der Kassierer Blank sich der größten Beliebtheit erfreute, erklärte der General: „Und wenn sich die vorgesetzte Instanz gegen die Beschlüsse stemmt, so müßte mit aller Macht für die Durchführung der Beschlüsse Sorge getragen werden.“ Na, warten wir's ab. Wie muß es dem ehemaligen Führer der Roten Hundertschaften zumute sein, von seinen eigenen Soldaten geächtet zu werden. Im übrigen kann uns das Tun und Treiben der Roten Frontkämpfer ziemlich gleich bleiben. Wir sind gewiß, es kommt die Zeit, wo die denkenden Arbeiter allen beiden, Fritz Schober sowohl wie Daniel Maurer, den reichlich verdienten Fußtritt geben werden.

Mansfeld. Erheblicher Fehlbetrag in der Stadthauptkasse. Der Jahresabschluß der hiesigen Stadthauptkasse weist einen Fehlbetrag von etwa 7000 Mk. auf, vorausgesetzt, daß von den restlichen Kommunalsteuern noch 4000 Mark eingehen.

Alsleben. Mit dem Auto in die Saale. Am Freitagabend geriet der Chauffeur August Erwisch bei dem Versuch, einen Kraftwagen zu wenden, dem zur Saale führenden Abhang zu nahe und rutschte mit dem Wagen hinab. Mit Not und Mühe konnte er sich noch selbst retten, während der Wagen in die an dieser Stelle besonders tiefe Saale sank.

Gewerkschaftliches.

Unternehmerkampf gegen den Achtstundentag

20 000 Metallarbeiter sollen durch Aushungerung zum Verzicht auf den Achtstundentag gezwungen werden.

In der Ausschußsitzung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller am 2. April wurde einer WTB.-Meldung zufolge über die Entwicklung und den jetzigen Stand des Streiks, der am 21. Februar in der Bielefelder Metallindustrie ausbrach und der am 23. Februar zu einer völligen Stillegung der Bielefelder Werke führte, Bericht erstattet. Der Ausschuß nahm mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Arbeiterschaft es abgelehnt hat, den Einigungsvorschlag des Schlichters anzunehmen, der die gleiche Arbeitszeit wie bisher aufrechterhalten wollte, eine Arbeitszeit, die übrigens fast in der gesamten übrigen Metallindustrie üblich und durchgeführt sei. Der Ausschuß erklärte sich mit der Bielefelder Metallindustrie solidarisch und beschloß, sie **in ihrem Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen.** Der erweiterte Vorstand wurde ermächtigt, je nach Lage der Sache selbständig **alle weiteren Beschlüsse zur tatkräftigen Unterstützung der Bielefelder Metallindustrie zu fassen, falls die Bewegung nicht in allernächster Zeit beendet werden sollte.“**

Seit sechs Wochen stehen in Bielefeld 20 000 Metallarbeiter im Kampf um den gesetzlichen Achtstundentag. Ruhig, aber unerschüttert und entschlossen nehmen sie Entbehrungen auf sich, um den Achtstundentag, der heute der Normalarbeitstag in der ganzen Welt ist, wieder zurückzuholen. Da tritt der berüchtigte Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auf den Kampfplan. Er lügt bewußt, wenn er sagt, daß „fast in der gesamten übrigen Metallindustrie der Achtstundentag beseitigt“ ist. In der ganzen Welt herrscht in der Metallindustrie der Achtstundentag, und auch in Deutschland sind noch lange nicht alle Blütenträume der Scharfmacher gereift. Gott sei Dank ist es der kommunistischen Zerstörungswut nicht überall gelungen, den Metallarbeiterverband so kampfunfähig zu machen, wie das die Höcker und Konsorten in Halle zur Freude des Unternehmertums so musterhaft fertigbrachten. Es kann dieserhalb mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Metallarbeiter auf diese unverschämte Herausforderung die richtige Antwort geben werden.

Kommunistische Provokateure beim Ostrauer Streik.

Entgegen den Beschlüssen der zuständigen gewerkschaftlichen Bergarbeiter-Organisationen haben die Kommunisten im Revier Mährisch-Ostrau den allgemeinen Bergarbeiterstreik proklamiert. Im Ostrevier ruht die Arbeit völlig, während im Westrevier gearbeitet wird. Für Sonnabend vormittag 9 Uhr hatten die Kommunisten im gesamten Revier 40 öffentliche Versammlungen angekündigt, auf deren Tagesordnung ein Informationsbericht über die Lage des Streiks stehen sollte. In keinem der angekündigten Orte fand jedoch eine Versammlung statt. Dagegen fand in Orlau eine Versammlung statt, an der sich 7000 Personen beteiligten. Bei einem Zusammenstoß mit der Gendarmerie, den kommunistische Provokateure bewußt herbeiführten, wurden zwei Personen getötet und einige leicht verletzt.

Wurstfabrik Bölts A.-G. und ihre „Vertrauensleute“.

Die Wurstfabrik Bölts A.-G. in Oldenburg hat uns ein Schreiben nebst „Erklärung“ ihrer Vertrauensleute zugesandt. Es soll alles schön und fein im Betrieb sein, die Beschäftigten wünschen keinen Tarif mit geregelter achtstündiger Arbeitszeit. (?!) Einige Zeitungsredaktionen sind sogar eingeladen, auf Kosten der Firma Bölts nach Oldenburg zu kommen und den Betrieb zu besichtigen. Eine solche „Besichtigung“ wird nicht ergeben, daß die Bölts A.-G. aus Prinzip eine neunstündige Arbeitszeit nebst vielen Ueberstunden und Sonntagsarbeit ohne Bezahlung für unbedingt erforderlich hält. Gleichfalls aus Prinzip lehnt sie es ab, mit der gewerkschaftlichen Organisation der Beschäftigten zu verhandeln. Dafür will sie jedoch sehr gern Konsumvereine, Werkskantinen usw. mit ihren Fleisch- und Wurstwaren beliefern.

Die der Presse übermittelte „Erklärung“ ist auf die der organisierten Arbeiterschaft bekannte Art zustandegekommen. Warum will man die Gewerkschaft ausschalten? Um keinen Tarifvertrag zu bekommen. Die Belegschaft ist in ihrer großen Mehrzahl anderer Meinung als die „Vertrauensleute“. Die Bölts A.-G., die über 200 Personen beschäftigt, hat trotz Anordnung des Gewerberates noch keine Anstalten getroffen zur Vornahme von Betriebsratswahlen. Die „Vertrauensleute“ sind besser, weil man diese, wenn sie nicht wollen, schnell los wird, einen Betriebsrat jedoch nicht. Auch hier will man den gesetzlichen Schutz der Arbeiter nicht anerkennen. Die Firma die so gern mit ihren amerikanischen Einrichtungen usw. prahlt, hat auch die Rücksichtslosigkeit der amerikanischen Kapitalisten.

Die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe. Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, hat das Unparteiischen-Kollegium sich dahin entschieden, daß dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband die Teilnahme am Reichstarifvertrage für das deutsche Bankgewerbe gestattet sein soll, dagegen der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Verband weiblicher Bureauangestellter für eine derartige Teilnahme wegen ihrer Bedeutungslosigkeit im Bankgewerbe nicht in Frage kommt. Der Schlichter hat seinerseits nunmehr Termin zur Fortsetzung der Schlichtungsverhandlungen auf Dienstag, den 7. April, anberaumt.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, den 7. April.

8.30 bis 9.30 Uhr vorm.: Tagung des Sächs. Lehrervereins. Uebertragung aus der Alberthalle: Dr. Heinz Potthof: „Wirtschaftsnot und Volkskultur“. 10 Uhr vorm.: Wirtschaftsnachrichten. 10.15 Uhr vorm.: Was die Zeitung bringt. 11 bis 12 Uhr vorm.: Tagung des Sächs. Lehrervereins: Uebertragung aus der Alberthalle: Trinks, Vorsitzender des Dresdener Lehrervereins: „Selbstverwaltung in den Schulen“. 12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr nachm.: Börsen- und Pressebericht. 4 Uhr, 6 Uhr und 6.15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 5 Uhr nachm.: Tagung des Sächs. Lehrervereins: Uebertragung des Orgelkonzerts von Günther Ramin in der Leipziger Thomaskirche. 6.30 bis 7 Uhr abends: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr abends: Vortrag: Dr. Hugo Grothe, Leiter des Instituts für Auslandskunde: „Winke für Italienfahrer“. 7,30 bis 8 Uhr abends: Vortrag: Dr. Karl C. Thalheim: „Arbeitswissenschaft“. 8.15 Uhr abends: Soziale Dichtung von Heine, Herwegh, Freiligrath, bis zu den modernen Freiheitssängern und Arbeiterdichtern. 1. Mozart: Ouverture zur „Zauberflöte“ (Rundfunkhauskapelle); 2. G. A. Bürger: „Fragment“; G. Herwegh: „Zukunftslied“, „Aus Hütten einzig“; Ferd. Freiligrath: „Revolution“; H. Heine: „Jammertal“, „Die Wanderratten“ (Gustav Herrmann); 3. Hugo Wolf: a) Koptisches Lied, b) Gesellenlied (Ernst Possony); 4. Arno Holz: „An unser Volk“, „An die oberen Zehntausend“, „Religionsphilosophie“; R. Dehmel: „Erntelied“, „Auf einem Dorfweg“; G. Herrmann: „Umzug“; E. Toller: „Wann endlich Tiere bündet Ihr Euch“; J. Zech: „Das Pferdesüppchen“ (Prosa); Klabund: „Revolution“ (Gustav Herrmann); 5. Rich. Strauß: a) Der Steinklopfer, b) Der Arbeitsmann (Ernst Possony); 6. P. Zech: „Aus den Fenstern eines Kesselhauses“, „Kleine Katastrophe“; Werfel: „Als mich dein Wandeln an den Tod verzückte“; H. Lersch: „Die Arbeiter“ (Gustav Herrmann); 7. Beethoven: Zwischenaktsmusik aus „Egmont“ (Rundfunkhauskapelle). Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst. Schluß 10 Uhr: Darnach Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Stationen hören wollen.

Arbeitersportbewegung.

Kreismeisterschaftsspiel.

Sportverein Cröllwitz I — Wacker I-Braunschweig 3 : 0 (2 : 0).

Um die Kreismeisterschaft standen sich gestern obengenannte Vereine im Stadion gegenüber. Nach Anpfiff entwickelte sich ein lebhaftes Spiel, wobei aber Sportverein Cröllwitz viel durch Abseitsstehen verdarb. In der 18. Minute gab der Schiedsrichter wegen unfairen Spiels Elf-Meter-Ball für Cröllwitz, der glatt verwandelt wurde. Wacker-Braunschweig versuchte nun aufzuholen, mußte sich aber in der 28. Minute noch ein zweites Tor gefallen lassen. Mit 2 : 0 ging es in die Pause. Nach Wiederbeginn war der Sportverein Cröllwitz weiterhin im Vorteil, ohne zunächst etwas zählbares zu erreichen. Erst 5 Minuten vor Schluß gelang es ihm, den dritten Treffer anzubringen, worauf sich dann bis zum Schluß nichts mehr änderte. Der Sieg des Sportvereins Cröllwitz war verdient, wenn auch der gebotene Sport nicht auf zu großer Höhe stand. Eckenverhältnis 1 : 1.

Vorher fand ein Fußballspiel zwischen Jugend-Nord und Jugend-Süd statt, das Jugend-Süd nach überlegenem Spiel mit 4 : 0 für sich entscheiden konnte.

H. K

Wetter-Voransage.

Dienstag: Wolkig bis trüb, mild, Regenfälle, etwas windig.

Mittwoch: Ziemlich mild, wenn auch etwas kühler, wolkig, zeitweise aufheiternd, etwas Niederschläge.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt“ G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei. e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Aus dem Geschäftsleben.

Die unbeständigen Witterungsverhältnisse im Frühjahr bringen für alle, die an Erkrankungen der Luftwege leiden, erhöhte Gefahren. Wie die in letzter Zeit mehrfach veröffentlichten Dankschreiben beweisen, hat Nymphosan-Sirup bei Husten, Asthma, Bronchialkatarrh, ja selbst bei Tuberkulose überraschende Wirkung. Nymphosan-Sirup ist in jeder Apotheke erhältlich. Man beachte das Inserat in dieser Nummer.

Das schwierigste bei der Herausbringung einer neuen Zigarettensorte ist mitunter ihre Benennung. Unter dem Namen hat der Raucher eine bestimmte Vorstellung, die sich an die Zigarette anlehnt. So werden auch sicherlich alle Raucher sich für den Namen unserer neuen Standardmarke „Zichna“ interessieren. Das Wort „Zichna“ ist eben kein Phantasiegebilde, sondern bedeutet die Provinzbezeichnung einer der besten Tabaklandstriche der kleinasiatischen Türkei. Wir haben für unsere Zigarette deshalb diesen Namen gewählt, weil in derselben Tabak dieser Provinz verarbeitet ist und damit der besondere Charakter der Zigarette angedeutet werden soll. Von diesem Grundsatz ausgehend, haben wir auch die Ausstattung der Kartonage gelöst. Die orientalische Zeichnung der Packung soll veranschaulichen, daß der Raucher ein wirkliches Erzeugnis des Orients zum Kauf angeboten erhält. Das Format und die Größe der Zigarette ist so gehalten, daß die Eigenart der Mischung und ihre Geschmacksrichtung voll und ganz gewahrt bleibt. Die Verwendung des besten, in Deutschland hergestellten Zigarettenpapiers vermeidet ein Kohlen und schlechtes Brennen unserer Zigarette „Zichna“. Mit allen diesen Vorzügen ausgestattet, bringen wir ein Erzeugnis in den Handel, das in jeder Art höchste Kultur zeigt und sich bestimmt die Herzen aller Raucher in Bälde erobern wird.

Mitteldeutsche Zigarettenfabrik, A.-G., Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250406-11/fragment/page=0007

GEORG HERWEGH

Dem Kämpfer Herwegh.

Zu seinem 50. Todestag (7. April 1875).

Von Max Eck-Troll.

Kein Dichter vor und nach Herwegh hat in einem solchen Maße die Köpfe der biedermeierlichen Spießbürger des vormärzlichen Deutschland in Siedehitze gebracht wie Georg Herwegh.

Er war der Dichter der absoluten Freiheit. Das durch kleinliche Fürsteninteressen zerteilte deutsche Volk wollte er geeint wissen, aber nicht wie kannengießernde Politiker des Paulsparlaments unter einem deutschen Kaiser, schon um deswillen nicht, weil er aus der Geschichte wußte, daß diese Erdmonarchisten doch nur die Privatinteressen ihrer Familien und des dazugehörigen Klüngels des Adels und der Kleriker jederzeit über das Interessen des gesamten Volkes stellten. Herwegh war daher vom ersten bis zum letzten Atemzug Republikaner.

Sein erster Gedichtband „Gedichte eines Lebendigen" hatte einen in Deutschland vorher nie gekannten Erfolg, weil er das aussprach, was in Millionen Herzen geahnt, aber nicht wohlbewußt an Wünschen schlummerte. „Der Drang nach Freiheit, nach der Befreiung von monarchistischen Sklavenketten, nach der Selbstbestimmung der Geschichte des deutschen Volkes." Die französische Revolution von 1789 und die französische Julirevolution von 1830, ihr Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" hatte die Sehnsucht nach der Beseitigung aus Tyrannenherrschaft nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Zudem hatten die gebrochenen „Ehrenwörter" der deutschen Fürsten, die nach den Befreiungskriegen dem Volk als Lohn für das im Kampf geflossene Blut eine Verfassung zu geben versprachen, die Geister in dauernder Erregung gehalten.

Nach den Klassizisten schlug als erster der Oesterreicher Anastasius Grün, hinter welchem Pseudonym sich Graf Anton von Auersperg verbarg, die Trommel gegen die Fürsten in den „Spaziergängen eines Wiener Poeten".

Um 1840 setzte der Zynismus Heinrich Heines den Kampf fort. 1841 erschienen Herweghs „Gedichte eines Lebendigen". Herwegh wollte mit diesen Gedichten wie er in seinem Gedicht „An die deutsche Jugend" sagt, den „Geist der neuen Welt" predigen.

„Doch rief nicht ich, bei Gott, nicht ich zum Streit.
Zum Streite ruft der neue Geist der Welt!"

Hoffmann von Fallersslebens „Unpolitische Lieder", Dingelstedts Lieder eines kosmopolitischen Nachtwächters" bereiten ferner die Stiedestimmung des Aufstandes von 1848 vor.

Herwegh hat sich oft über die Aufgabe des Dichters ausgesprochen: „Der Dichter muß die Hütte, nicht den Palast, das Volk, nicht den Menschen besingen. Im Streit der Meinungen muß er Partei ergreifen."

Freiligraths zweifelhafter Satz: „Der Dichter steht auf einer höheren Warte, als auf den Zinnen der Partei!" hat Herwegh glänzend abgefertigt mit dem Gedicht „Partei", in dem es u. a. heißt:

Partei! Partei! Wer sollte sie nicht nehmen,
Die noch die Mutter aller Siege war!
Wie mag ein Dichter solch ein Wort verfemen,
Ein Wort, das alles Herrliche gebar?
Nur offen wie ein Mann: Für oder Wider?
Und die Parole: Sklave oder frei?
Selbst Götter stiegen vom Olimp hernieder
Und kämpften auf der Zinne der Partei!

Was aber Herwegh dem Proletariat besonders nahebringen mußte, ist die Tatsache, daß er einer der ersten proletarischen Dichter war. Zwar sind es nur wenige Gedichte, die diese sozialistische Tendenz zeigen. In erster Reihe stehen die beiden Gedichte „Vom armen Jakob" und „Von der kranken Lise". Sie wirken heute noch so aktuell wie damals. Das Soziale in diesen Gedichten hatte neuen, unerhörten Klang. Die wackere und kluge Braut und spätere Gattin Herweghs, die Tochter Emma des Berliner Kaufmanns Johann Gottfried Siegmund, (selten hatte ein Dichter und Künstler und Politiker einen tapferen Lebenskameraden und Gesinnungsgenossen!) schrieb zu diesen beiden Gedichten in einem Brief an Herwegh vom 10. Januar 1843: „Wann gibst Du Deine Gedichte heraus? Ich trage groß Verlangen danach. Solche, wie die „Lise" und der „Jakob", packen am ersten die Massen.

Am 29. Januar desselben Jahres schrieb sie an ihn: „Mit dem Armen Jakob" habe ich heute meinen Gottesdienst gehalten. Ob, schreib immerzu, das sind die Klänge, die bis ins Mark des Volkes dringen, daß ich imstande sein möchte, zu solchen Liedern Dich zu begeistern. Wenn man stattlicherer Predigten solch Gedicht dem Volke von der Kanzel vortrüge, es würde anders wirken, als tausend Sermone. Ja, mein Herz, Du kannst lieben, das fühle ich. Nur wer das Elend der Menschheit in allen seinen kleinsten Bewegungen mit durchlebt, nur wer des jammervolle Geschick des Einzelnen ganz mitzufühlen, ganz zu würdigen weiß, der kann lieben im Vollgewichte des Wortes!"

Wenige Tage später, am 8. Februar, schrieb sie ihm: „Dein Entschluß, den zweiten Band Gedichte früher zu veröffentlichen, macht mir Freude. Ich bin sicher, sie werden eine große Wirkung auf das politische Volksbewußtsein haben, und wer weiß, ob sie nicht die Vorläufer einer großen, bewegten Zeit werden. Wenn der Eindruck eben nur Eindruck bleibt, nicht gar Tat wird, dann hol' der Kuckuck die ganze Schreiberei. Aber Du wirst sehen, die „Kranke Lise" und der „Arme Jakob" finden den Weg zu den Hütten der Aermsten, und ist erst das Volk gewonnen, dann kann man das Beste erwarten. Nur aus der Masse der Proletarier ist jetzt ein Osterer zu erwarten, daß es aber kommt und wir es noch feiern helfen, steht klar vor meiner Seele."

Daß sich Emma Herwegh wie Herwegh selbst in dem Tempo der Aufwärtsentwicklung des Proletariats täuschten, ist die stille Tragödie aller wahrhaften Idealisten und Vorkämpfer.

Was uns Sozialisten den Dichter Herwegh aber besonders nahe bringt, ist das erste Kampflied der deutschen Arbeiterbewegung, das er auf Drängen Lassalles im April 1864 vollendete. Das Gedicht wurde das „Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein". Lassalle, der unermüdliche, unübertreffliche Organisator und Agitator für die Arbeiterbewegung, wußte sehr wohl den Wert eines guten Kampfliedes zu schätzen. Ehe das Lied gedichtet war, hatte Lassalle bereits den Komponisten bestimmt, und zwar keinen Geringeren als Hans von Bülow. Immer, ohne Ermüden, ermahnte Lassalle den säumigen Dichter. So schreibt Lassalle am 8. Oktober 1863 in Herwegh: „Wo bleibt Ihr Hilfskorps, das geflügelte Gedicht? Nie käme es mehr zurecht als jetzt. Bülow schwärmt bereits bei den Gedanken, es zu komponieren. Er will es sowohl einstimmig als vierstimmig, als noch in verschiedenen Formen tun. Aber ... Eile! Eile! Die Arbeiter wissen schon lange von diesem ihnen versprochenen Cadeau (Geschenk. D. Red.), mahnen mich in allen Briefen darum, und ich weiß schon nicht, was ich ihnen antworten soll, ohne Sie anzuklagen."

Am 5. November des gleichen Jahres dankt Lassalle für das „wahrhaft vortreffliche Gedicht" und berichtet über die Aufnahme: „Es hat neulich (Montag) im Arbeiterverein den lautesten Enthusiasmus hervorgerufen. Und auf meine Aufforderung hat sich die ganze Versammlung zum Zeichen des Dankes für den Dichter erhoben." Und heute, nach über 60 Jahren feiert der Entstehung des Liedes, begeistert es wie bei seiner ersten Kundgabe durch Lassalle die Arbeiterschaft. War im „Armen Jakob" und in der „Kranken Lise" der Arbeiter als dahinsiechend dargestellt, so erscheint der Arbeiter im „Bundeslied" sich seiner Kraft, der Macht der proletarischen Solidarität, bewußt.

„Mann der Arbeit aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will."

Noch kurz seien einige biographische Notizen aus Herweghs Leben angefügt: Am 31. Mai 1810 wurde er als Sohn proletarischer Eltern, sein Vater war kleiner Gastwirt in Stuttgart, geboren. Der Vater war angeblich ständinavischer Herkunft und in Hessen-Darmstadt geboren. Die Lebens- und Vermögensverhältnisse im elterlichen Hause waren äußerst dürftig. Bis zum zwölften Jahre besuchte der junge Herwegh das Stuttgarter Gymnasium. Mit 14 Jahren bezog er als Gymnasiast das Maulbronner Kloster zu einem vierjährigen wissenschaftlichen, auf die Universität vorbereitenden Kursus. Nach Beendigung dieses Kursus ging er an die Tübinger Universität zum Studium der Theologie. Die Herren Professoren des Tübinger Stifts müssen aber gewittert haben, daß in dem jungen Herwegh nicht das Zeug zu einem späteren protestantischen Pastor steckte und entzogen ihm das Stipendium. In einem Brief an seine Mutter schreibt er:

„Die Kanzel hattest Du mir zugedacht
Und drauf zum Rechtsgelehrten mich gemacht.
Was ist von alledem geblieben?
Die Poesie!"

Mit 20 Jahren kam er als freier Literat nach Stuttgart zurück. Widerwille gegen den Gamaschendienst ließ ihn in die Schweiz

flüchten. In Emmishofen im Kanton Thurgau fand er Unterschlupf und ernährte sich hier kümmerlich durch schriftstellerische Arbeiten. Vor allem war er Mitarbeiter an dem liberalen Blatt „Deutsche Volkshalle", das der deutsche Flüchtling Dr. Wirth, einer der Redner beim Hambacher Fest (27. Mai 1832) in Bellevue bei Konstanz herausgab. In Zürich schuf er dann 1840 und 1841 die „Gedichte eines Lebendigen", die ihn in vorderste Linie der lebenden deutschen Dichterwelt stellte. Beispiellos war der Erfolg. Selbst Leute, die keine überzeugten Republikaner waren, konnten sich dem Wohlklang und der Wucht einer Verse nicht entziehen.

Es würde zu weit führen, wollte man auch nur mehrere Episoden aus Herweghs Leben zitieren. Nur zwei seien besonders hervorgehoben: seine Audienz beim König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., die erfolglos verlief und seine Ausweisung aus Preußen zur Folge hatte. Der Haß des armseligen wortbrüchigen Hohenzollern gegen die Dichter der Republik ging so weit, daß er sogar die von Zürich aus geplante, noch nicht erschienene Herweghsche Zeitschrift, den „Deutschen Boten", für Preußen verbot. Wer denkt bei dieser Audienz nicht an Posa und König Philipp? Herwegh selbst hat sich über diese Audienz bissig geäußert:

Aranjuez, in deinem Sand
Wie schnell die schönen Tage schwanden.
Wie ich vor König Philipp stand
Und seinen uckermärkischen Granden.

Er hat mir Beifall zugenickt,
Als ich gespielt den Posa,
In Versen hab' ich ihn entzückt.
Doch ihm gefiel nicht meine Prosa.

Der Erfolg der Deutschlandreise im Volk und bei den Studenten, die im Gegensatz zu heute auf die Republik und die Farben Schwarz-Rot-Gold schworen, war außergewöhnlich. In Dresden lernte er den russischen Anarchisten Bakunin kennen, mit dem ihn zeitlebens eine innige Freundschaft verband. Und in Berlin fand er die tapfere treue Gefährtin seines Lebens. Auch eine richtige Erkenntnis nahm er nach der Schweiz mit: „Mit der liberalen Bourgeoisie werden wir nie siegen, wir müssen die Sympathie der Massen suchen, sonst geht es nicht und wird ein Sieg immer nur ein momentaner sein."

Die zweite wichtige Episode aus Herweghs Leben ist seine aktive Teilnahme an dem badischen Aufstand im Jahre 1848 mit der „Deutschen demokratischen Legion", die er aus in Frankreich lebenden Deutschen bildete. Mit ihr suchte er Struve und Hecker zum Siege zu verhelfen. Bei Niederdossenbach erlitt die Legion eine völlige Niederlage. Nur durch eine an Abenteuern reiche Flucht nach der Schlacht konnte er sich mit Frau Emma auf Schweizer Boden retten. Bürgerliche Literaturschreiber und Königssoldschreiber suchten — leider nicht ohne Erfolg — seine Flucht als Akt der Feigheit mit der verlogenen „Spitzlebergeschichte" darzustellen. Das bekannte „Guckkastenlied vom großen Hecker" suchte diese Lüge ebenfalls als wahr zu unterstellen. Tatsache ist, daß Herwegh und seine Frau in dem Scharmützel erst in dem Augenblick entflohen, als der Kampf bereits entschieden war. Die Fürsten hatten auf seinen Kopf die stattliche Fangprämie von 4000 Gulden ausgeschrieben.

Zürich und Paris waren für die Folgezeit des Dichters Aufenthalt.

In den Jahren nach 1848 fühlte sich Herwegh, wohl in der Nachwirkung des Mißerfolges seiner Expedition nach Baden, zum Pessimismus Schopenhauers hingezogen. Des großen Philosophen „Parerga und Paralipomena" las er mit größter Anteilnahme. 1851 hatte er mit Frau Emma wiederum Zürich zum dauernden Aufenthalt gewählt. Liszt, der Komponist, den Herwegh schon von Paris her kannte, schrieb in einem Briefe an seine Freundin, die Fürstin Sayn-Wittgenstein: „Herwegh ist in einer Masse wissenschaftlicher Bücher und chemischen und optischen Apparaten vergraben wie Dr. Faustus. Seit einigen Jahren macht er naturwissenschaftliche Studien und schließlich beschäftigt sich Herwegh mit dem Sanskrit und dem Hebräischen. An der Züricher Universität hört der nunmehr Vierundvierzigjährige Psychologie bei Molschott, Mineralogie bei Volger, Sanskrit und altarische Sprachen bei Schweizer. Herwegh stürzte sich, wie viele seiner Zeitgenossen meinen, nur deshalb auf die verschiedenartigsten Wissensgebiete, um die Enttäuschung über den Fehlschlag des badischen Aufstandes zu betäuben."

In Paris lernte er Karl Marx, Heinrich Heine und andere führende Geister jener Zeit kennen, in Zürich Richard Wagner, mit dem er einen regen Briefwechsel hatte. Herwegh verübelte dem ehemaligen Revolutionär vom Dresdener Maiaufstand, Wagner, nur sein Freundschaftsbündnis mit dem Bayernkönig.

Nach der Amnestie des Jahres 1866 siedelte der Dichter nach Baden-Baden über, wo er am 6. April 1875 verstarb. Auch nach dem siegreichen Kriege von 1870/71 ließ er sich nicht von der allgemeinen Begeisterung erfassen. Das „Deutsche Reich" vom 18. Januar 1871 war nicht sein Ideal.

In dem Gedicht „Die Siegestrunkenen" sang er:

„Ach, Einheit ist ein leerer Schall
Wenn sie nicht Einheit ist im Guten."

Das Deutschland der 30 Fürsten entsprach nicht seinem republikanischen Ideale. In demselben Gedicht sagt er von dem neuen Deutschland:

„Einheit des Rechts ist kein Schild,
Der uns bewahrt vor Unterdrückung,
Nur, wo als Recht das Rechte gilt,
Wird sie zum Segen, zur Beglückung.

Nur diese war's, die wir erstrebt,
Die Einheit, die man auf den Namen
Der Freiheit aus der Taufe hebt,
Doch eure stammt vom Teufel: Amen!"

Die Entwicklung des deutschen Kaiserreichs von Versailles des 18. Januar 1871 bis zum Versailles des Friedens von 1919 hat dem Dichter recht gegeben.

Vom ersten bis zum letzten Atemzug ist der Dichter Herwegh seinem republikanischen und Menschheitsideal treu geblieben, ungeachtet der Verfolgungen, die er erdulden mußte. Wäre es ihm und den anderen Freiheitsdichtern des Vormärz nachgegangen, dann hätten die Hohenzollern, Habsburger, Wittelsbacher, Koburger usw. schon im Jahre 1848 ihre Ränzlein zum Segen des deutschen Volkes schnüren müssen. Und es hätte kein 1866, kein Königgrätz gegeben; auch kein 1870 und aller Berechnung nach auch keinen Weltkrieg 1914/18.

Vorgeahntes.

(Aus den Xenien Herweghs mit z. T. modernisierten Ueberschriften.)

Die „Kölnische Zeitung".

Aus der Küche unseres Hofes kommt die Farce des Gebärmes;
Und die Wurst wird fabriziert von Herrn Johann Jakob Hermes.

*

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung".

Daß dich, alte Sünderin, doch! nun lernt sie noch Lesen —
Freilich, so haben es stets alle Gemeinen gemacht.

*

Hermes Pfischovius.

Hermes, Hermes, Schattenführer, großer Toten-General!
Gott der Diebe, Gott der Krämer, Gott der Deutschen allzumal:
Immer bist du noch beflügelt wie in der antiken Welt:
Doch die Schwingen an den Füßen deuten jetzt auf Versengeld.

*

Hitler, zum Bürgerbräuputsch.

Hopfen und Malz, o Herr, ist an diesen Athenern verloren!
Also berichteten jüngst bayrische Brauer nach Haus.

*

Deutsche Fürsten.

Aus Judas Strick ward nun ein Bändchen,
Das man auf einen Lumpen näht,
Der um die dreißig Vaterländchen
Das deutsche Vaterland verrät.

*

Die deutschnationale Futterkrippe.

Preist nur mit bezahlter Lippe,
Preist die Gnade eures Herrn;
Sicher führt zu eurer Krippe
Uns auch des Jahrhunderts Stern!

*

Panem, nom Circenses.

„Brot!" so rufet das Volk, und ihr? Ihr gebet ihm Steine:
Sagt mir, Pfaffen, doch an: heißt ihr das christlich gedacht?
„Brot!" so rufet das Volk: da forschen und suchen die Weisen,
Suchen nur wieder den Stein, des uns so wenig gebricht.
„Brot!" so rufet das Volk und die Herrschenden treten zusammen
Und rings fliegen daher wiederum Steine — zum Dom.

*

Ca ira!

„E pur si muove" sei's Panier,
Sie dreht sich eben doch herum!
Da hilft auch weder bayrisch Bier
Noch preußisch Christentum.

*

Kabinettsorder.

„An mein Volk!" — Leist's nicht! Das ist ja die alte Geschichte;
Wenn sich die Völker geregt, haben die Fürsten geruht.

*

Wind, Wind.

Gebt euren Sand für Felsen aus
Und baut papierne Mauern,
Im Wind zerfließt das Kartenhaus
Vor Königen und Bauern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250406-11/fragment/page=0008